



Mitteilungs-Blatt

des Verbandes der sozialdemokratischen Wahlvereine Berlins und Umgegend.

Zu beziehen durch die Bezirksführer die Nummer zu 10 Pf. oder durch die Post. — Redaktion u. Verlag: O. 27, Schicklerstr. 5. Fernruf: Alexander, 3007.

Nr. 22.

Berlin, den 26. August 1917.

12. Jahrgang.

Friedensschalmeien und Kriegsposaunen.

Berlin, den 21. August 1917.

Friedensvorschläge des Papstes.

Die Friedensoffensive, die an der Stockholmer Front infolge der Pazifverweigerung seitens der Ententeregierungen und durch die burgfriedliche Schlappheit und nationale Gebundenheit des internationalen Regierungssozialismus zurzeit zu einem hinhaltenden Stellungskriege erlahmt ist, wurde in den letzten Tagen an der römischen Front mit strategischem Geschick in Fluß gebracht. Der Papst hat eine Friedensnote „an die Staatsoberhäupter der kriegführenden Völker“ gerichtet, in der er nicht mehr wie bisher mit christlich-ethischen Beschwörungsformeln gegen das Völkergemeinel vorgeht, sondern als Repräsentant einer politischen Macht positive Vorschläge zur Liquidierung des Weltkrieges macht. Der Papst will, so heißt es in seiner Note, ohne Unterschied der Nation oder der Religion unparteiisch dazu beitragen, das Ende dieser Not zu beschleunigen. Er fordert die Völker und Staatsoberhäupter auf, Mäßigung zu üben und an die Anbahnung eines „gerechten und dauerhaften“ Friedens heranzutreten, der die Völker wieder zu Brüdern werden läßt. Nach einer kurzen Charakterisierung des grausamen Völkerringens, das der Papst mit Recht einen „allgemeinen Wahnsinn“ nennt, richtet er die Aufforderung an Regierende und Völker, nun endlich auf die Stimme der Menschlichkeit und Vernunft zu hören.

Der Papst tritt dann mit bestimmten Vorschlägen an die Regierungen heran. Er erstrebt einen „Rechtsfrieden“ und geht in mancher seiner Forderungen noch weiter als die berühmte Friedensresolution der Reichstagsmehrheit, auf die die deutschen Regierungssozialisten so ungeheuer stolz sind. So wird vom Papste mit großem Nachdruck Verminderung der Rüstungen und Schiedsgerichtsbarkeit verlangt. Desgleichen legt er Wert auf die Sicherung der wahren Freiheit und Gemeinsamkeit der Meere. In bezug auf den Ersatz der Kriegsschäden und der Kriegskosten schlägt der Papst einen vollständigen und gegenseitigen Verzicht vor. Für selbstverständlich hält er die Herausgabe der gegenwärtig besetzten Gebiete. Er verlangt von Deutschland die „vollständige Räumung Belgiens mit Garantie seiner vollen politischen, militärischen und wirtschaftlichen Unabhängigkeit gegenüber gleichviel welcher Macht.“ Natürlich wird auch die Räumung des französischen Gebietes durch Deutschland verlangt. Die anderen kriegführenden Parteien sollen die deutschen Kolonien herausgeben. In bezug auf Elsaß-Lothringen sowie Südtirol und Triest hofft der Papst auf eine friedliche Verständigung zwischen Frankreich und Deutschland einerseits und Österreich und Italien andererseits. Ebenso sollen die armenische, die Balkan- und die polnische Frage gelöst werden. Am Schlusse seiner Note richtet der Papst, seiner religiösen Stellung entsprechend, allerlei fromme Mahnungen an die Staatsoberhäupter, die ja alle gute Christen sein wollen und daher für den Hinweis auf den „göttlichen Erlöser“ und den „Friedensfürsten“ ganz besonders empfänglich sein müßten, und spricht die Hoffnung aus, daß seine Vorschläge angenommen würden und daß dann „der schreckliche Kampf, der immer mehr und mehr als unnötige Mekelei erscheint, ein Ende nimmt.“

Die Aufnahme der päpstlichen Friedensbotschaft.

Bis zur Stunde, in der diese Zeilen geschrieben werden müssen, liegt eine amtliche Antwort irgend einer Regierung auf die Friedensnote nicht vor.

Wie es heißt, wollen die Ententeregierungen gemeinsam eine Antwort formulieren, nur die Vereinigten Staaten wollen angeblich für sich antworten, nach vorheriger Verständigung mit ihren Verbündeten. Wie sich die protestantische deutsche, die römisch-katholische österreichische, die griechisch-katholische bulgarische und die mohamedanische türkische Regierung zu den Vorschlägen des Vatikans stellen werden, darüber verlautet noch nichts. Um so geräuschvoller geht es in der Presse der internationalen Kriegstreiber zu. Hier sucht man überall die Friedensschalmei des Papstes mit dem Getöse der Kriegsposaunen zu übertönen. Ueberall bläst man die gleichen Motive: Krieg bis zum Siege, Niederschmetterung des Gegners, Freiheit und Sicherung des Vaterlandes und der Welt vor dem Uebermut und der Machtbegier des Feindes. Nur daß diese Grundmotive in den einzelnen Ländern für den Hausbedarf national variiert werden. Nach englischen, französischen usw. Blättern ist die Note des Papstes deutsche Mache, ebenso wie Stockholm eine deutsche Finte, um Deutschland vor dem nahenden Zusammenbruch zu bewahren und der Welt einen „deutschen Frieden“ aufzuzwingen. Nach der alldeutschen Presse aller Parteischattierungen handelt es sich aber um eine englische Intrigue, durch die Deutschland um den Preis seiner militärischen Erfolge gebracht werden soll. Graf Reventlow hält in der strammen christlichen „Deutschen Tageszeitung“ täglich in ellenlangen Artikeln dem Papste vor, daß nicht die christliche Ethik, nicht der Triumph des Rechtes das Heil der Staaten ausmache, sondern einzig und allein Macht und Gewalt. Er erblickt in dem Frieden, den der Papst erstrebt, einen „Bankrottfrieden“ für Deutschland. Die Presse des internationalen Imperialismus läuft geschlossen Sturm gegen die Stockholmer wie gegen die römische Front, darunter hüben wie drüben Zeitungen, die sich auf ihr katholisches Christentum viel zugute tun.

Äußerungen der regierungssozialistischen Presse des Auslandes liegen zurzeit nicht vor. Das Zentralorgan des deutschen Regierungssozialismus hat sich vorläufig sympathisch zur päpstlichen Friedensaktion geäußert, und da sein geistiger Leiter auch gleichzeitig die Provinzpresse befruchtet, findet man auch hier Zustimmung zur Papstnote. Wie lange dieses Wohlwollen anhalten wird, läßt sich angesichts der oft bewiesenen Wandlungsfähigkeit unserer Sozialdiplomaten nicht voraussehen. Wir lesen schon jetzt im Geiste den letzten Schluß ihrer Weisheit: „Da die Entente-Regierungen auf die Friedensvorschläge des Papstes nicht eingehen, müssen wir weiterkämpfen und durchhalten.“ Das war ja auch die einzige Schlussfolgerung, die diese eigenartige Gattung von Sozialdemokraten aus der Pazifverweigerung der Entente-Regierungen zog, worüber die alldeutsche Presse dankend quittierte.

Herr Theodor Wolff hält es im „Berliner Tageblatt“ für selbstverständlich, daß die Antwort der deutschen Regierung an den Papst nicht ablehnend lauten wird. Aber Herr Wolff wie auch Herr von Gerlach sind Prediger in der liberalen Wüste, in der die Stachelkatzen des alldeutschen Imperialismus besser gedeihen als die Lilien der ehrlichen Friedensfreunde. Ja, selbst im Zentrum, wo man doch am ersten offene Ohren und offene Herzen für die Friedensbotschaft des Papstes annehmen müßte, sind viele, die lieber der Kriegsposaune als der Friedensschalmei lauschen. Oder soll man annehmen, daß die bayerischen Zentrumskreise, die bisher nicht genug annectieren konnten, oder die Katholiken, die hinter der stramm alldeutsch orientierten „Kölnischen Volkszeitung“

stehen, auf einmal alle ihre Wünsche auf Belgien, Polen, Kurland usw. begraben werden? Sie werden wohl mit sauer-süßer Miene vor dem Friedenspapste ihr Kompliment machen, den Befürwortern eines Gewaltfriedens werden sie aber keine gefährlichen Gegner werden. Nur die Berliner „Germania“ tritt rückhaltslos für die Vorschläge des Papstes und einen Rechts- und Verständigungsfrieden ein. In Frankreich waren übrigens die Klerikalen bisher die schlimmsten Kriegsheker und werden kaum durch die Mahnungen des Papstes zum baldigen Umlernen veranlaßt werden.

So stehen die Aussichten auf Verwirklichung der Friedensvorschläge des Papstes zurzeit auf schwachen Füßen. Eine schroffe Ablehnung werden sie wohl von keiner Regierung erfahren, um so weniger, als gemeldet wurde, daß der Vatikan vor Abendung seiner Botschaft mit den einzelnen Regierungen Fühlung genommen habe. Aber die Antworten der Regierungen werden neben höflichen Phrasen und platonischen Friedenswünschen wieder das übliche Maß von Halbheiten und diplomatischen Spitzfindigkeiten enthalten, die das Zustandekommen eines baldigen Friedens auf unabsehbare Zeit hinauschieben und den unseligen Spekulationen auf das Kriegsglück, auf amerikanische Hilfe und Durchbruchsmöglichkeiten nach wie vor freien Raum lassen. Aber für die blutenden, gepeinigten und hungernden Völker und vor allem für das internationale Proletariat bleibt nach wie vor das nächste und dringendste Ziel ein baldiger Friede. Alle Kräfte, die zu diesem Ziele hinstreben, müssen uns willkommen sein. Von diesem Gesichtspunkte aus begrüßen auch wir den Friedensvorstoß des Papstes.

Christentum und Sozialismus als Friedensfaktoren.

Wir haben in diesen Spalten schon mehrmals ebenso sehr vor einer Ueberschätzung wie vor einer Unterschätzung der Stockholmer Konferenz gewarnt. Die gleiche Warnung gilt auch für die Friedensaktion des Papstes. Sie zu überschätzen verbieten einmal die oben skizzierten politischen Widerstände, auf die die päpstliche Friedensoffensive stößt, dann aber auch ihre Voraussetzungen, Ursachen und Nebenwirkungen.

Uebersieht man den ganzen Verlauf des Weltkrieges, hält man sich die grausamen Methoden dieses Völkergemeinels vor Augen und überblickt man das in drei Jahren geschaffene Vernichtungchaos von Menschenleben, materiellen und geistigen Kulturgütern, so kann man mit Fug und Recht von einem Bankrott des Christentums, von einem völligen Versagen der christlichen Sittenlehre sprechen. Und unzählige katholische Pfarrer und Curés, protestantische Pastoren und Reverends und griechisch-katholische Popen haben den Segen des Himmels auf diesen diabolisch-gigantischen Amoklauf der Völker herabgesleht und erweisen sich zum Teil heute noch als fanatische Kriegsheker. Wohl hat der Papst Benedikt XV. mehrmals ernste Mahnungen an die christlichen Völker gerichtet, aber sie sind in der allgemeinen Raserei verhallt. Jetzt tritt er zum erstenmal nicht so sehr als Oberhaupt der katholischen Christenheit als vielmehr als führender Politiker auf, der mit den anderen Staatsoberhäuptern, soweit der diplomatische Verkehr der Staaten unter einander in Betracht kommt, auf gleicher Stufe steht. Sein Ziel ist wie das der sozialistischen Stockholmer Konferenz die Herbeiführung eines baldigen un-

dauernden Friedens. Aber in bezug auf die Ausgestaltung des Lebens der einzelnen Völker nach Friedensschluß scheiden sich die Wege des vom Papst vertretenen Christentums und die des internationalen Sozialismus. Dem Papste muß es nach der ganzen Natur der von ihm vertretenen Weltanschauung darauf ankommen, die bestehenden Besitzverhältnisse und Klassengegenstände aufrecht zu erhalten, den internationalen Sozialismus werden die Nachwirkungen und die Lehren des Krieges im kommenden Frieden vor Entscheidungskämpfe stellen, in denen es um die wirtschaftliche und politische Umwälzung des Bestehenden geht. Der Bundesgenosse von heute im Kampfe um den Frieden wird der Gegner von morgen im Kampfe um die Verwirklichung des Sozialismus sein.

Schon jetzt weisen liberale Journalisten, darunter der Exsozialist Georg Bernhard in der „Voss. Ztg.“, spöttisch darauf hin, daß die Friedensbotschaft des Papstes im gewissen Sinne ein Konkurrenzunternehmen gegen die Stockholmer Konferenz sei. Und man kann schon antworten, daß der Katholizismus als eine „Macht der Vergangenheit“ dem Sozialismus als einer „Macht der Zukunft“ nicht den Vortritt auf der Friedensbahn überlassen wollte. Das muß aber für die entschiedenen Vertreter des internationalen Sozialismus erst recht ein Ansporn sein, das Gewicht des internationalen Proletariats für den Frieden in die Waagschale zu werfen. Wir haben, soweit die schleunige Herbeiführung des Friedens in Betracht kommt, keine Ursache, wie es gewisse alldeutsch-protestantische Blätter tun, die Kulturkampfpauke zu rühren. Die braven Deutschen sehen ihre Eroberungsabsichten in Gefahr und wollen den in seiner Mehrheit nur zu kriegseifrigen protestantischen Alerus davon abschrecken, gleichfalls aus Gründen der christlichen Ethik für einen baldigen Frieden einzutreten. Wir stehen als internationale Sozialisten der christlichen Ethik und den einzelnen Konfessionen gleich kühl gegenüber, wir wissen, daß in den kommenden Kämpfen um Demokratie und Sozialismus und die geschorenen und geschätzten Diener der Kirche in ihrer Mehrzahl befehden werden, aber wir haben keine Veranlassung, eine Hilfsaktion für den Frieden, die von dieser Seite kommt, schroff abzulehnen. Sollten schließlich die Regierungen lieber die Vermittlung des Papstes in Anspruch nehmen, als sich dem Druck des internationalen Proletariats fügen und Frieden machen, so müßten wir auch dieser Tatsache ruhig ins Gesicht sehen und nun erst recht alle Kräfte anspannen, die Arbeiterklasse gerade auf Grund der Lehren des Weltkrieges von der Notwendigkeit des Sozialismus zu überzeugen, sie zu seiner Verwirklichung zu veranlassen und damit den Frieden zu einem wirklich dauernden zu machen. Denn ein „Rechtsfrieden“ kapitalistischer Staaten wird trotz aller Abrüstungstendenzen und aller Schiedsgerichtsbestrebungen ein sehr zweifelhaftes und zerbrechliches Ding bleiben. Diese Forderungen des Papstes, die auch die bürgerlichen Pazifisten, so Herr von Gerlach in der „Welt am Montag“, vertreten, werden schöne Wünsche und im besten Falle Stückwerk bleiben, wenn das internationale Proletariat nicht die Art an die Wurzel alles imperialistischen Ausbeutungs- und Eroberungstrebens legt, d. h. wenn es nicht in allen Ländern mit Hilfe der Demokratie die politische Macht erkämpft und die kapitalistische Ausbeuter-Produktion in eine Produktion durch und für die Allgemeinheit umwandelt. Dieses Ziel im Kriege zu erreichen, ist angesichts der harten politischen, wirtschaftlichen und sozialen Tatsachen kaum möglich. Ein Blick auf Rußland zeigt uns, wie dringend dort die soziale Revolution zu ihrem Siege den Frieden braucht.

Die Friedensbotschaft des Papstes wird, und das ist das Begrüßenswerte an ihr, in vielen Millionen, die bisher unter dem Einflusse ihrer Pfarrer und Pastoren standen und von diesen immer wieder mit dem Gedanken an den zerschmetternden Endsteg aufgepeitscht wurden, den Friedenswillen stärken. Sie werden unter Berufung auf die Autorität des Papstes haben wie drüber den „bis ans Ende“-Kriegern und den Eroberungspolitikern die Gefolgschaft aussagen. Diesen Millionen sich als die energischsten und konsequentesten Verfechter eines wirklichen Dauerfriedens zu erweisen, wird Aufgabe der Parteien des internationalen Sozialismus sein. In allen Ländern werden die sozialen Wunden, die der Krieg geschlagen hat, nach Krisenende erst recht zum Bewußtsein kommen und auf Jahre hinaus

brennen. Die Arbeiterklasse wird dann in erster Linie für die Forderungen des internationalen Sozialismus empfänglich sein. Aber es wird auch viele proletarisierte Kleinbürgerliche und Kleinbäuerliche Schichten geben, die bis dahin an die „gottgewollte“ kapitalistische Weltordnung geglaubt haben, nach den blutigen Lehren des Weltkrieges aber für den Sozialismus gewonnen werden können.

In dieser Richtung arbeitet die Friedensnote des Papstes vor. Wir haben uns daher ihr gegenüber nicht ablehnend zu verhalten, wir erwarten vielmehr, daß bei uns in Deutschland die Vertreter der Unabhängigen Sozialdemokratie von der Regierung verlangen, auf die päpstlichen Friedensvorschläge einzugehen. Wir sind von der Bedingtheit und Begrenztheit des päpstlichen und pazifistischen Postulats eines „Rechtsfriedens“ überzeugt, aber es ist ein Weg aus dem Kriegschaos heraus zu dem nächsten Ziele: einem baldigen Frieden, zu gelangen. Ist dies Ziel erreicht, dann wird der internationale Sozialismus seine Mission als Umgestalter, Neuschöpfer und dauernder Friedensfaktor erst voll erfüllen können.

Der Fluch der Halbheit.

Bei ruhiger und nüchterner Betrachtung der Tatsachen dieses Weltkrieges muß festgestellt werden, daß der Sozialismus als Friedensfaktor drei Jahre lang zur Erfolglosigkeit verurteilt war und zu Beginn des vierten Kriegsjahres nur halbe Erfolge erzielen kann. Die Gründe für diese Erscheinung, an der alle frommen Wünsche und alles leidenschaftliche Vorwärtsdrängen nicht viel ändern können, sind mannigfacher Art. Einer der wichtigsten ist das Emporkommen des internationalen Regierungssozialismus, der überall die Geschicke der Arbeiterklasse mit den Interessen der offenen und versteckten imperialistischen Gewalten verknüpft hat, ja zum Teil selbst zum Apostel des Imperialismus geworden ist. Die Theorie von der Landesverteidigung mußte notgedrungen zur Bundesgenossenschaft und zur Unterwerfung unter die imperialistischen und militaristischen Gewalten führen. Den Anhängern des internationalen Sozialismus und ehrlichen Vorkämpfern des Friedens machte der Kriegszustand eine Betätigung unmöglich und das um so mehr, als der Regierungssozialismus überall bei den Massen lange Zeit hindurch Gehör fand und von der Erbschaft einer Autorität zehren konnte, die einer besseren Zeit entstammte. Aber diese Erbschaft ist mehr und mehr vertan, und jetzt besinnt sich der Regierungssozialismus auf seine Aufgabe als Friedensfaktor. Aber alles, was er auf diesem Gebiet tut, ist dem Fluche der Halbheit unterworfen. In England entscheidet sich ein Henderson für die Stockholmer Konferenz, aber sie darf nach seiner Meinung keine bindenden Beschlüsse fassen und die Fortführung des Krieges nicht hindern. In Frankreich spricht der sozialistische Munitionsminister Thomas für Stockholm und im gleichen Atemzuge für Verweigerung der Pässe. Und seine regierungssozialistischen Freunde nehmen das stillschweigend hin. Und bei uns in Deutschland?

Hier pochen die Regierungssozialisten auf die Friedensresolution des Reichstags, auf ihre zahlreichen Friedensdeklamationen und auf ihre Pilgerfahrt nach Stockholm. Sie verweisen mit Stolz darauf, daß die deutsche Regierung keine Passchwierigkeiten mache. Und doch finden sie so wenig Gegenliebe im Auslande! Sie bekommen eben auch den Fluch der Halbheit zu spüren. Warum glaubt das Ausland ihren Friedensbeteuerungen nicht? Sehen wir einmal ganz von der Tatsache ab, daß die Regierungssozialisten während der ganzen Kriegszeit die Regierungspolitik gestützt und noch vor wenigen Wochen trotz Stockholm die Kriegskredite bewilligt haben. Was das Ausland aber vor allem mißtrauisch macht, ist der Eifer, mit dem unsere Regierungssozialisten die Friedensbereitschaft der deutschen Regierung verbürgen und das Vorhandensein imperialistischer Tendenzen ableugnen. Aber das Ausland liest nicht nur den „Vorwärts“ und die Reden Scheidemanns. Das Ausland erfährt auch andere Tatsachen aus Deutschland, die den dortigen Kriegstreibern Wasser auf die Mühlen treiben und den feindlichen Regierungen Argumente für ihre kriegsverlangernde Haltung liefern. Lassen wir eine Anzahl solcher Tatsachen für sich selbst reden:

Die Regierungssozialisten versichern, der Reichsfinanzminister Dr. Michaelis habe sich die Friedensreso-

lution der Reichstagsmehrheit zu eigen gemacht. Das Ausland weiß aber, daß der Reichsfinanzminister die Resolution mit der bedeutsamen Einschränkung: „so wie ich sie verstehe“, zur Kenntnis genommen hat.

Im Ausland liest man die „Deutsche Tageszeitung“ und alle anderen Zeitungen, in denen täglich in die Kriegs- und Eroberungspause geblasen wird, sehr gründlich. Man weiß auch, welche Kreise hinter diesen Zeitungen stehen und welchen großen Einfluß auf die Regierung sie ausüben. Die Zusammensetzung der neuen deutschen und preußischen Regierung ist auch in dieser Beziehung lehrreich genug. Man macht sich seinen eigenen Vers auf die Behauptung des „Vorwärts“ und der von Stampfer und der J. K. gespeisten regierungssozialistischen Parteipresse, die Annexionisten seien durch den Julibloed und seine schöne Resolution in die Pfanne gehauen worden.

Das Ausland weiß, daß es in Deutschland eine Landratspresse gibt. Es bleibt ihm nicht verborgen, daß dieser Tage durch Hunderte von Zeitungen dieser unter amtlichen Einfluß stehenden Presse ein Artikel ging, in dem es u. a. heißt:

„In der Ententepresse hat die Botschaft des Papstes kein Gegenkommen gefunden und wird es hoffentlich auch bei den Mittelmächten nicht finden. Auch wir wünschen den Frieden herbei, aber nur einen solchen, der unserer Kriegslage entspricht, die unbeschranzten Grenzen unseres Reiches (Dienpreußen, Belgien) sichert, unsere Kriegsschulden, unter deren Last wir zusammenbrechen müßten, verringert und es uns ermöglicht, unser Wirtschaftsleben ungehindert fortzusetzen. Ein Papst- und Scheidemann-Friede würde uns einfach wirtschaftlich erdrosseln und unser Industrie-Arbeiterheer brotlos machen.“

Das Ausland weiß, daß eine Denkschrift des verstorbenen Generalgouverneurs von Belgien, v. Bissing, existiert, in der die völlige Einverleibung Belgiens in Deutschland verlangt wird. Es weiß auch, daß diese Denkschrift bis zur Stunde von der deutschen Regierung nicht preisgegeben worden ist.

Vor einiger Zeit schrieb der Regierungssozialist Quessel in den „Sozialistischen Monatsheften“:

„Da nun auch das Friedensmanifest des Reichstags einen allgemeinen Verständigungs- und Versöhnungsfrieden der Völker ohne „erzwungene“ Gebietsverwerbungen“ und ohne „politische, wirtschaftliche oder finanzielle Vergewaltigungen“ herbeiführen will, so ist damit ein Volkerbloed geschaffen worden, der Ost- und Mitteleuropa umfassend, den allgemeinen Frieden nach ganz denselben Grundsätzen zu gestalten beabsichtigt, und zwar in offenem Gegensatz zu England und Amerika, die beide von einem Frieden der Verständigung und Versöhnung der europäischen Völker nichts wissen wollen.“

Am 12. August aber schrieb Herr Rigoff, königlich bulgarischer Gesandter in Berlin, im „Vorwärts“ in einer Polemik gegen Wendel über die mazedonische Frage, folgende Absage an einen Verständigungsfrieden:

„Gewiß braucht Bulgarien wie alle Kriegsführenden und selbst die Neutralen den Frieden. Man hat es überall mit dem mörderischen Kriege satt, der seihen das dritte Jahr vollendet hat. Aber nach so vielen ungeheuren Opfern wird es keine kriegsführende Regierung wagen dürfen, einen Frieden auf der Grundlage des „status quo ante bellum“ zu schließen, es sei denn, daß ihr ein solcher Friede auferlegt wird. Denn es ist nicht schwer, zu raten, welcher furchtbarer Verantwortung sind alle diejenigen ausgesetzt, die diesen Krieg vom Baun gebrochen haben und ihn weiterführen, ohne des Sieges sicher zu sein. Dies ist der Grund, weshalb der „Verständigungsfriede“ unmöglich ist, bevor einer der großen Kriegsführenden kampfunfähig gemacht worden ist. Ich glaube daß Rußland zuerst nachgeben wird. Aber es mag sein, wer will, die Niederwerfung eines der großen Kriegsführenden wird das Praudium des Friedens sein. Dies ist meine volle Ueberzeugung. Ich bin aberzeugt, daß in dieser Frage die deutschen Sozialisten und meine persönlichen Freunde Erzberger und Theodor Wolff sich sehr edel, aber gefährliche Illusionen machen.“

Das schreibt der diplomatische Vertreter einer der Mittelmächte, der seine Gegnerschaft gegen einen Verständigungsfrieden nicht so deutlich zur Schau tragen würde, wenn er mit einer entgegengesetzten Meinung der deutschen Regierung zu rechnen hätte. Mit dem mittel- und osteuropäischen

Friedens-Völkerblut des Herrn Quessel sieht es also sehr windig aus.

Alle diese Tatsachen, denen noch viele andere zugefügt werden können, haben ihre Fernwirkung im Auslande. Sie zeigen auch die Haltung der deutschen Regierungssozialisten in ihrer Halbsheit. Darum gehen sie auch belastet mit dem Mißtrauen der Internationale nach Stockholm. Sie müßten sich schon zu anderen Methoden und anderen Mitteln entschließen, wenn ihre Friedensarbeit Erfolg haben soll. Ob sie das können oder wollen, soll nicht unsere Sorge sein. Die deutsche Arbeiterschaft mag in bezug auf ihr Verhältnis zum Regierungssozialismus und auf ihre positive Friedensarbeit ihre Schlussfolgerungen selbst ziehen.

Wochenschau.

Vom 14. bis 21. August 1917.

Kriegsereignisse: Gerade in den Tagen, in denen der Friedensruf des Papstes erschallte, ist der Kampf an den verschiedenen Fronten am wildesten entbrannt. An der Westfront kam zu der Dauerschlacht der Artillerie mehrmals das Einziehen starker Infanteriemassen sowohl im flandrischen Frontabschnitt wie bei Verdun rechts und links der Maas. Die Kämpfe bei Verdun sind zurzeit noch nicht abgeschlossen, in Flandern sind sie in den letzten Tagen abgeklaut; sie haben an dem beiderseitigen Kräfteverhältnis und an der Gesamtsituation nichts geändert. — An der Ostfront haben heftige Kämpfe mit den Rumänen stattgefunden, während es in der verflochtenen Woche an den verschiedenen russischen Frontabschnitten nur zu unerheblichen Kampfhandlungen kam. — Dagegen ist an der Isonzofront die erste Schlacht zurzeit in vollem Gange. Hier warfen die Italiener im Küstenabschnitt und auf der Karsthochfläche große Infanteriemassen gegen die österreichischen Stellungen. In Südtirol haben sie dagegen einen Teil ihrer Stellungen geräumt. Der U-Boot-Krieg hat nach einer Meldung des deutschen Admiralsstabes im Monat Juli 811 000 Tonnen Handelschiffsräum vernichtet. In den sechs Monaten, die jetzt der verschärfte U-Boot-Krieg währt, sind 5 495 000 Tonnen Handelschiffsräum versenkt worden.

Angesichts dieser furchtbaren Verklammerung und dieses algantischen Vernichtungswerkes wird es den Völkern besonders tröstlich ins Ohr klingen, daß sowohl der deutsche Botschafter Dr. Helfferich wie der englische Premierminister Lloyd George dieser Tage die letzte und natürlich für jeden siegreiche Entscheidung für — das Jahr 1918 prophezeit haben.

* * *

Ausland: In Ungarn hat der Ministerpräsident Graf Esterhazy nach kurzer Amtstätigkeit demissioniert, wie es heißt aus Gesundheitsrückichten. Sein Nachfolger ist der Baron Becklerle, der versichern läßt, daß auch er für die Schaffung eines „freisinnigen“ Wahlrechtes eintreten werde.

In Spanien ist es in der vergangenen Woche zu revolutionären Erhebungen, begleitet von Streiks der Eisenbahner und der Arbeiter verschiedener Industrien gekommen. Soweit die dürftigen Nachrichten, die darüber ins Ausland gelangten, erkennen lassen, haben in den Straßen Madrids, Barcelonas, Bilbao usw. Straßenkämpfe getobt. Die Regierung versichert jetzt, daß sie des Aufstandes Herr geworden sei.

In Rußland geht der offene und versteckte Kampf zwischen der revolutionären Demokratie und bürgerlichen Gegenrevolution weiter. Die Regierung Kerenskis erweist sich immer mehr, vielleicht wider Willen, als das Werkzeug der gegenrevolutionären Kräfte. Deren Ziel ist in erster Linie sich vom Druck und der Kontrolle der auf dem Boden des revolutionären Sozialismus stehenden Parteien zu befreien. Dem radikalsten Flügel dieser Parteien, den Bolschewiki geht man mit Verfolgungen und Justizaktionen zu Leibe und schreckt vor den Methoden des alten zaristischen Gewaltsystems nicht zurück. Die Arbeiter- und Soldatenräte (Sowjets) sucht man mit anderen Mitteln unschädlich zu machen. Eine bisher unbestätigte und auch kaum glaubliche Meldung Schweizer Blätter besagt sogar, daß die Regierung die Auflösung der Sowjets versagt habe. Aber selbst wenn das nicht der Fall sein sollte, werden die Sowjets ihre Kapitulation vor der dritten provisorischen Regierung teuer zu bezahlen haben. Ein geschickter Schachzug der Regierung, der den Einfluß der Sowjets brechen und das bürgerliche Regiment stärken soll, ist die Einberufung einer Staatskonferenz in Moskau. Die Einladungen zu dieser Konferenz ergeben von der Regierung. Etwa 2000 Teilnehmer sollen zusammenkommen, unter denen die Sowjets vertreten eine hoffnungslose Minderheit bilden werden. Ein-

geladen sind auch alle Mitglieder der Duma, die in ihrer erdrückenden Mehrheit der Bourgeois- und Großgrundbesitzerklasse angehören. Diese Staatskonferenz soll die Regierungspolitik stützen, die darauf hinausläuft, Rußland noch weiter im Bündnis mit der Entente festzuhalten und an deren Seite auch weiter am Kriege teilzunehmen. Daraus erklärt sich auch die mehr als kühle Haltung der Regierung Kerenskis zur Stockholmer Konferenz.

Das Treiben der gegenrevolutionären Gewalten stellt auch das Zustandekommen der Konstituante in Frage, die Ende September stattfinden und die Verfassung Rußlands, die wichtige Landfrage usw. endgültig regeln sollte. In der bürgerlichen Presse wird schon eifrig Stimmung gemacht für eine Verschiebung der Wahlen zur Konstituante, und man kann voraussehen, daß die Regierung auch tatsächlich eine Verschiebung verfügen wird.

Die Sowjets, in denen die Menschewiki und die bürgerlichen Sozialrevolutionäre die Mehrheit haben, scheinen sich des Ernstes der Situation nicht bewußt zu sein. Wohl macht ein beträchtlicher Teil der Menschewiki jetzt Front gegen die Regierung Kerenskis, die Mehrheit hält aber noch immer an dem Gedanken fest, daß ohne die Mitarbeit der Bourgeoisie die Früchte der Revolution nicht in die Scheuern gebracht werden könnten. Die revolutionären Menschewiki aber sehen ein, daß nur in der Zusammenfassung aller sozialistischen und revolutionären Kräfte der groß angelegte Feldzugsplan der bürgerlichen Gegenrevolution, neben der auch die zaristische Gegenrevolution im Trüben zu fischen sucht, durchkreuzt werden kann. Sie werden am 23. August auf dem Parteitage der Menschewiki dieser Überzeugung zum Durchbruch zu verhelfen suchen. Und es hat auch den Anschein, als ob sich in den Reihen der bisher stark radikalen und unverföhnlichen Bolschewiki die Erkenntnis Bahn bricht, daß der Zusammenschluß der revolutionären Kräfte zurzeit nötiger ist, als die Betonung theoretischer Meinungsverschiedenheiten. Denn der Entscheidungskampf zwischen revolutionärem Sozialismus und gegen revolutionäre Bourgeoisie reißt allmählich heran. Die Schicksalsfrage der sozialen Revolution in Rußland stehen noch bevor.

Die Ansprüche der Nationalitäten werden von der Regierung nicht in gleichem Maße berücksichtigt. Der Ukraine sind eine Reihe von Zugeständnissen gemacht worden. Diese kann ihre Landesverwaltung im wesentlichen selbst regeln und darf auch eigene Truppenformationen bilden, während die Regelung der Landfrage der Konstituante vorbehalten bleibt. Der Konflikt mit Finnland aber spitzt sich immer mehr zu und hat sogar zu einer Verhängung der Militärdiktatur über dieses Land geführt.

Der Zar ist mit seiner Familie nach Sibirien gebracht worden.

* * *

Innere Politik: Der Reichstag hat sich den Ferienschlaf aus den Augen gelassen. Sein Hauptausschuß ist am 21. August zusammengetreten und hat sich einen neuen Vorsitzenden in der Person des Herrn Lehrenbach gegeben, da Herr Spahn ja zum Minister avanciert ist und das parlamentarische System marriert. Vorsitzender der Zentrumsfraktion wurde an Spahns Stelle Herr Gröber. — Der Juli-Block funktioniert auch nach den Ferien und hält tapfer sogenannte interfraktionelle Sitzungen ab, in denen sich die Regierungssozialisten unter der Autosuggestion ihres angeblichen politischen Einflusses spreizen. Zur Abwechslung spielen auch die Nationalliberalen wieder einmal in diesen Sitzungen mit, obwohl sie bei Zustandekommen der berühmten Friedensresolution in den Schmolzwinkel gegangen waren.

Der bekannte General Gröner ist von der Leitung des Kriegsamtes abberufen worden; er hat das Kommando über eine Division erhalten und ist zur Front abgegangen. Wie es heißt, soll Herr Gröner auf Betreiben gewisser schwerindustrieller Kreise aus der Leitung des Kriegsamtes entfernt worden sein, weil er den Interessen dieser Industrie nicht genügend entgegen kam. Das würde sehr gut zu dem passen, was man sonst von den Magnaten der Schwerindustrie weiß, und würde ein bezeichnendes Licht auf deren großen Einfluß werfen. Es sind das dieselben Kreise, von denen erst kürzlich die Gewerkschaftspressen kleinlaut berichteten mußten, daß sie es auch jetzt noch nach drei Jahren Weltkrieg und trotz aller bürgerlichen Bravheit der Gewerkschaftsführer ablehnen, mit Vertretern der Gewerkschaften über Lohnstreitigkeiten usw. zu verhandeln. Sie sind es auch, die an den gegenwärtigen Gasnöten des Volkes ein reiches Maß Schuld tragen und sie sind es auch, die durch ihre ausgehaltene Presse maßlose Eroberungsforderungen vertreten lassen und dadurch kriegsverlängernd wirken. Ihnen muß sogar ein leidenschaftiger preussischer Generalleu-

nant weichen, wenn er unbequem wird. Die Arbeiterschaft hat keine Ursache, dem Vater des Hilfsdienstgesetzes eine Träne nachzuweinen. Am wenigsten haben die Berliner Arbeiter dazu Anlaß, die nicht vergessen werden, daß General Gröner die Teilnehmer des Aprilstreikes „Hundsstötter“ genannt und die schärfsten Töne gegen sie angeschlagen hat.

Einen giftig geschwollenen Anwurf gegen die Unabhängige Sozialdemokratie leistete sich vor einigen Tagen ein Teil der bürgerlichen Presse. Unter der Ueberschrift: „Die Handlanger der Entente“ wurde geschrieben:

„Zu der Streikaufrorderung in den Rüstungsbetrieben, die in höchst auffälliger Weise in demselben Augenblick erfolgt ist, wo an der Westfront die Anzeichen neuer schwerer Angriffe erkennbar werden, erfahren die „Berliner Politischen Nachrichten“ von zuständiger Stelle: Schon seit Tagen konnte festgestellt werden, und es ist auch durch Aussagen von Gefangenen bestätigt worden, daß die Entente seit längerer Zeit den 15. August als den Tag gleichzeitiger starker Angriffe an mehreren Stellen der Westfront bestimmt hatte. Unter diesen Umständen ist es geradezu auffallend, daß in den letzten Tagen an sehr vielen Stellen in Deutschland Zettel verteilt worden sind, die für diesen Tag, den 15. August, zum Generallstreik in Deutschland auffordern. Zwischen beiden Ereignissen besteht ein innerer Zusammenhang. Es darf als sicher gelten, daß die Streikzettelverteilung in der deutschen Kriegsindustrie von der Entente angeleitet worden ist. Diese Zettel sind nicht nur von Hand zu Hand verteilt, sondern auch brieflich verbreitet worden. An manchen Orten konnten Zettelverteiler festgestellt werden; sie gehören sämtlich der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei an. Was den Inhalt der Zettel betrifft, so bestimmen sie den 15. August zum Beginn des Generallstreiks und geben als Zweck die Erzwingung des Friedens an. Bei dem auffälligen zeitlichen Zusammentreffen des Beginns der Ententeaktion an der Westfront und der Anzeigung innerer Schwierigkeiten in Deutschland durch Anhänger der Unabhängigen Sozialdemokratie kann das Bestehen eines Einverständnisses zwischen dieser und den Auftraggebern der Entente nicht von der Hand gewiesen werden.“

Wir verstehen nicht recht die Entrüstung, mit der in der unabhängigen Parteipresse auf diese Schmodleistung reagiert wurde. Der Vorwurf, daß die deutsche oppositionelle Sozialdemokratie Handlangerin des feindlichen Auslands sei, ist weder neu noch originell. Schon vor Jahren mußte sich die damalige Vorwärtsredaktion auf Grund einer Verdächtigung der „Chemnitzer Volksstimme“ von der bürgerlichen Presse die Anrempelung gefallen lassen, die Vorwärtsredakteure seien mit englischem Gelde bestochen worden. Wir legen den Anwurf der „Berliner Politischen Nachrichten“ zu den übrigen und trösten uns mit Macdonald, der mit deutschem Gelde bestochen sein soll, mit den französischen Minderheitssozialisten, die Kreaturen des deutschen Kaisers genannt werden und Lenin, der ja auch mit deutschem Gelde arbeiten soll. Das Los der ehrlichen Friedensfreunde ist überall das gleiche, wie auch überall die Methoden der patriotischen Kriegshetze die gleichen sind. Erwähnt sei nur, daß die „Berliner Politischen Nachrichten“ in sehr enger Beziehung zum preussischen Polizeiministerium stehen. Unsere Leser können sich daraus selbst ihren Verd machen.

Unter der Spitzmarke „Helferhelfer der Entente“ schrieb der Berliner „Vokalanzeiger“:

„Am 14. August, nachmittags, haben in Magdeburg einige hundert Arbeiter der Firma Krupp, Grusonwerk, die Arbeit niedergelegt, weil ein Vertrauensmann der Arbeiter am Morgen des 14. August verhaftet worden ist. Ein Teil der Arbeiterschaft vermutete darin eine Maßregelung seitens der Firma und stellte die Arbeit ein. Gleichzeitig sandte sie eine Abordnung von Vertrauensmännern unter Führung des Reichstagsabgeordneten Brandes zur Aufklärung der Sachlage zum stellvertretenden Generalkommando, mit der Bitte, die Verhaftung rückgängig zu machen. Hier wurde ihr bekanntgegeben, daß die Verhaftung des Vertrauensmannes erfolgte, weil er des versuchten Landesverrats verdächtig erscheint, dadurch, daß er Zettel verteilt haben soll, die zum Generallstreik am 15. August auffordern. Die Verhaftung des Vertrauensmannes ist also eine gerichtliche Maßnahme, und das Verfahren, das gegen ihn eröffnet wird, ist ein gerichtliches, in das einzugreifen weder das stellvertretende Generalkommando noch die Polizei die Möglichkeit hat.“

Da der Ausbau des Reichsamtes des Innern noch nicht erfolgt ist und für seine zu schaffenden Unterabteilungen noch leitende Männer gebraucht werden, bringt das „Korrespondenzblatt“ der Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands die Gewerkschaftsführer in empfehlende Erinnerung. Die Art, wie es einen Mann von „sozialpolitischer Praxis“ für das Reichswirtschaftsamtsamt verlangt, läßt deutlich erkennen, daß Engelstufers 15 dienstfertige An-

wärter für den Posten eines Unterstaatssekretärs oder Ministerialdirektors zu finden sind.

Ueber Frontreisen von Munitionsarbeitern wurde gemeldet:

„Das Kriegsministerium hat an die Arbeiterausschüsse der militärischen Institute Einladungen zu einer Reise an die Front ergehen lassen, um so einigen Mitgliedern Gelegenheit zu geben, Einblicke in die Verhältnisse und die Bedürfnisse des Feldes zu erhalten. Die Arbeiterausschüsse der Spandauer technischen Institute haben auf die ergangene Einladung hin bereits je zwei Mitglieder als Teilnehmer für die Frontreise bestimmt, die demnächst gemeinsam unter sachkundiger Führung angetreten werden wird.“

Die Kartoffelversorgung 1917-1918.

Auf Grund der Verordnung über die Kartoffelversorgung im Wirtschaftsjahr 1917/18 vom 28. Juni 1917 sind nunmehr von dem Präsidenten des Kriegsernährungsamts die erforderlichen Anordnungen ergangen. Die Versorgung der Bevölkerung mit Speisekartoffeln aus der Herbstkartoffelernte 1917 wird vorläufig dahin geregelt, daß der Wochenkopfsatz der versorgungsberechtigten Bevölkerung bis zu sieben Pfund Kartoffeln beträgt. Dieser Wochenkopfsatz ist für die Kommunalverbände, die mit Kartoffeln beliefert werden, lediglich ein Berechnungsmaßstab. In welchem Umfange die Abgabe in den Kommunalverbänden erfolgt, bleibt diesen überlassen. Sie können die Nation je nach den örtlichen Verhältnissen nach Altersstufen, unter Berücksichtigung der Arbeitsleistung, oder in anderer Weise verschieden hoch bemessen. Die örtliche Regelung ist hierbei nur insoweit beschränkt, als der durchschnittliche Wochenkopfsatz von 7 Pfund Kartoffeln nicht überschritten werden darf. Um die Ernährung der Bevölkerung mit Kartoffeln unter allen Umständen, insbesondere auch dann zu gewährleisten, wenn die kommende Herbstkartoffelernte wider Erwarten gering sein sollte, wird ferner bestimmt, daß die gesamte Kartoffelernte für die öffentliche Bewirtschaftung sicherzustellen ist. Der Landwirt darf von seiner Kartoffelernte nur den eigenen Speisekartoffelbedarf befriedigen und nur die kleinen, ein Zoll nicht erreichenden und die ungesunden Kartoffeln an sein Vieh verfüttern. In Trocknerien und Stärkfabriken dürfen nur die selbstgezogenen Kartoffeln verarbeitet werden. Als selbstgezogene gelten dabei auch die Pflichtkartoffeln der Genossenschaften und Gesellschaften. Das aus dieser Verarbeitung gewonnene Trockengut ist ohne weiteres beschlagnahmt und soll eine Reserve für Frostperioden bilden, in denen Frischkartoffeln den Bedarfsbezirken nicht zugeführt werden können. Auf Spiritus werden Kartoffeln nur zur Deckung der Anforderungen der Seeresverwaltung verarbeitet. Trinkbranntwein für die Zivilbevölkerung wird aus Kartoffeln nicht hergestellt.

Der durchschnittliche Wochenkopfsatz von sieben Pfund ist zunächst nur vorläufig festgesetzt worden, die endgültige Regelung kann erst geschehen, wenn Ausgang November durch genaue Bestandsaufnahme ermittelt worden ist, welchen Ertrag die Herbstkartoffelernte gebracht hat. Zu dieser Zeit kann auch erst entschieden werden, ob dem Landwirt weitere Mengen, als jetzt bestimmt, zum Verbrauch in der eigenen Wirtschaft freigegeben werden können. Daß eine solche Freigabe außerdem unter allen Umständen erst dann erfolgen kann, wenn die Winterendeckung der Bedarfsbezirke mit Kartoffeln völlig gewährleistet ist und darüber hinaus genügende Mengen für die Versorgung der Bevölkerung mit Kartoffeln im kommenden Frühjahr vorhanden sind, ist selbstverständlich. Die Kontrolle darüber, daß Landwirte und Verbraucher den Vorschriften entsprechend die Kartoffeln verwenden, wird durch Einführung der Wirtschaftskarte, ähnlich wie beim Brotgetreide, und durch die Kartoffelkarten geregelt. Die näheren Bestimmungen treffen die Bundesstaaten. Sie haben als Aufsichtsbehörden über die zur Lieferung verpflichteten Kommunalverbände dauernde Kontrolle sowohl darüber zu führen, daß die Sicherstellung der Ernte innegehalten wird, daß der Verbrauch beim Landwirt und beim Empfangsverband den Vorschriften entsprechend erfolgt, und daß die zur Lieferung von Kartoffeln verpflichteten Verbände ihre Lieferungsauflage gleichmäßig und reiflos erfüllen. Von Reichs wegen wird daneben eine scharfe ständige Kontrolle durch Sachverständige in allen Kommunalverbänden gehandhabt werden.

Aus der Kartoffelernte dieses Jahres muß das nötige Saatgut für das Jahr 1918 beschafft werden. Die Saatgutbeschaffung regelt eine Bundesratsverordnung, die nunmehr gleichfalls erlassen ist. Danach sind Verträge über Saatgutlieferungen nur zulässig, wenn es sich um solche an Landwirte oder Kommunalverbände handelt. Sie müssen bis zum 15. November 1917 abgeschlossen sein. Soll das Saatgut aus einem Kommunalverband in einen anderen geliefert werden, so bedarf der Vertrag der Genehmigung, die erteilt werden muß, wenn es sich um Saatgutdeckung für Landwirte oder Kommunalverbände handelt, die von den landwirtschaftlichen Berufsvertretungen (Landwirtschaftskammern usw.) oder von den Landeszentralbehörden aufgestellt sind. Das aus einem Kommunalverband in einen anderen Kommunalverband gelieferte Saatgut wird beiden Verbänden angerechnet. Die Lieferung der abgeschlossenen Saatgutmengen darf auch nach dem 15. November erfolgen. Auf Kartoffeln, über die bis zum 15. November Verträge zur Saatgutlieferung abgeschlossen sind, darf, wenn die Verträge die Genehmigung gefunden haben, für Speisekartoffellieferungen seitens der Behörden nicht zurückgegriffen werden. Anerkannte Hochzuchten

sollen, um sie für Saatwecke zu erhalten, auch dann für Speisezwecke nicht in Anspruch genommen werden, wenn am 15. November Verträge über sie nicht vorliegen.

Der Handel ist bei dem Verkehr mit Speisekartoffeln als Vermittler zugelassen. Bei der Lieferung der Speisekartoffeln hat der Handel als Aufkäufer und Abnehmer in möglichst großem Umfange tätig zu sein, außerdem liegt ihm in den Bedarfsbezirken die Zuführung der Kartoffeln an die Verbraucher ob.

Die Preise für die Speisekartoffeln regeln sich nach den Vorschriften der Bundesratsverordnung vom 19. März 1917. Zur Durchführung der Winterendeckung wird vorübergehend ein mäßiger Zuschlag, auch für die Anfuhr an die Verladestation, festgesetzt werden. Die Bemessung der Kleinhandelshöchstpreise ist Aufgabe der Kommunalverbände, denen in dieser Beziehung Grenzvorschriften nicht gegeben werden, da je nach den örtlichen Verhältnissen die Kleinhandelspreise verschieden gestaltet werden müssen.

Die im Kleinbau gezogenen Kartoffeln von Flächen bis zu 200 Quadratmetern sollen den Kleinbauern restlos belassen werden. Erforderliche Ausfuhrgenehmigungen müssen erteilt werden. Dem Kommunalverband steht es frei, die Kartoffeln auf den Bedarfsanteil des Kartoffelerzeugers, seiner Familie und seiner sonstigen Haushaltsangehörigen teilweise anzurechnen. Findet die Anrechnung statt, so sind dem Kleinbauer von seiner Ernte das Saatgut und mindestens 1 1/2 Pfund pro Kopf und Tag für das ganze Wirtschaftsjahr frei zu belassen.

Diese allgemeinen Vorschriften sollen von den Kommunalverbänden in die Praxis umgesetzt werden. Soweit es sich um die Wochenkopfmengen handelt, so setzen die Kommunalverbände die Kopfmenge nach den Beständen und nach der Anlieferung fest. Aber schon heute muß Einspruch erhoben werden gegen eine Wochenkopfmenge von sieben Pfund. Mag der Ernteertrag sein wie er will, mehr wie 7 Pfund Kartoffeln müssen unter allen Umständen zur Nahrung für die Bevölkerung bereit gestellt werden. Möglich ist das auch sehr gut, wenn die Speisekartoffeln für die menschliche Nahrung festgehalten werden.

Aus den Organisationen.

Unabh. Soz. Wahlverein Köpenick. Mittwoch, den 29. August, abends 8 1/2 Uhr, Generalversammlung im Lokal von Georg Schmidt, Bahnhofstr. 1. Tagesordnung: 1. Bericht vom verfloffenen Geschäftsjahr. 2. Neuwahlen zum Vorstand. 3. Verschiedenes. Regen Besuch erwartet
Der Vorstand: Heibrich.

U. S. Wahlverein Neukölln. Der Frauen-Vorabend findet am Montag, den 27. August statt. Die Bezirke 1. bis 9. und 22. bis 24. tagen bei Kaiser, Wildenbruchstr. 86. Der 10. bis 21. Bezirk im Jugendheim, Rogatzstr. 16. Um rege Beteiligung ersucht
Der Vorstand:

Charlottenburg. Gemeinsamer Frauenabend in Charlottenburg, Rosinenstr. 4. Beginn 8 1/2 Uhr. Sehr wichtige Tagesordnung steht zur Diskussion.

Vereins-Veranstaltungen.

Freireligiöse Gemeinde Berlin. Sonntag, den 26. Aug., vorm. 9 Uhr, Bappel-Allee 16/17; Neukölln, Idealkasino, Weichselstr. 8; Oberschöneweide, Wilhelmshofstr. 43, bei Otto Kamp; Freireligiöse Vorlesung. — Vorm. 10 1/2 Uhr, Kleine Frankfurterstr. 6: Vortrag von Herrn Dr. Haffe: So ihr nicht werden wollt wie die Kinder! — Gäste willkommen.

Quittung.

Diverse: Feldgrau W. 2. 1,05 Mk. Ungenannt 8 Mk.
Für den Pressfonds: Witwer 5 Mk. Landsturm-mann Klitschmüller 2 Mk. (361). 70 Mk. gesammelt auf Liste 7458 von den Schlossern der Reparaturwerkstatt H. E. S. Kadelwörle Oberspree. Von einem Roabiter Feldgrau 8 Mk. Von Frau Simanowski 2 Mk. Aus der Sechserklasse für den Pressfonds auf Liste 5084 16 Mk., 5088 6,20 Mk. Zur Unterstützung der U. S. V. von Herrn Worm 20 Mk. von der 8. Abteilung des 6. Kreises.

2. Wahlkreis.

Vorläufige Anzeige!

Zweites Sommerfest

am Sonntag, den 9. September 1917, in Habels Gesamtträumen.

Die Genossinnen und Genossen nebst Kindern des 2. Kreises werden diesen Sonntag hierfür frei halten.

Nieder-Schönhausen! Pankow!

Gemeinschaftliche Mitglieder-Versammlung

am Mittwoch, den 29. August, abends 8 Uhr, im Lokal „Schwarzer Adler“, Nieder-Schönhausen, Blankenburgerstr. 4.

Tagesordnung: 1. Die Lebens- und Kohlenversorgung in Groß-Berlin. Referent: Stadtverordneter Karl Leib-Berlin. 2. Freie Aussprache und Verschiedenes.

Eintritt nur gegen Karten.

Der Vorstand.

Nachruf!

Am 2. August verstarb im Festungs-Lazarett der Marineheizer und unser Kollege

Carl Schade

im Alter von 24 Jahren.
Wir werden ihm ein ehrendes Andenken bewahren.
Gesamtpersonal der Konsumgenossenschaft Berlin und Umgegend.

Am 2. August fiel als Opfer des Weltkrieges infolge Kopfschusses im blühenden Alter von 19 Jahren unser lieber Freund und Wandergenosse, der Musikant

Walter Müller

Infanterie-Regiment 46.
Sein Andenken werden stets in Ehren halten
Alex Laubmann, z. J. im Felde.
Georg Klabunde, z. J. in Schneidemühl.
Geschwister Zimmerling, Berlin.

Dem Andenken unserer auf dem Kriegsschauplatz gefallenen Genossen!

4. Wahlkreis.

Am 9. August fiel unser Bezirksführer
Benno Kupsch
Reichenbergerstr. 101, Bezirk 207 II.
Wir verlieren in ihm einen jederzeit opferwilligen, arbeitsfreudigen, überzeugungstreuen Genossen.

6. Wahlkreis.

Am 30. Juli fiel durch einen Artillerievolltreffer der 28-jährige Schlächter

Rudolf Handtke

Saarbrückerstr. 36, 1. Abt., Bez. 477.
Am 18. Juli fiel der 38 Jahre alte Fabrikarbeiter

Georg Gerike

Prinzen-Allee 81, 18. Abt., Bez. 820.
Wahlverein Neukölln.
Als Opfer des Weltkrieges fiel der Genosse

Max Frommrad

Stuttgarterstr. 45, 8. Bezirk.
Sozialdem. Wahlverein Nieder-Barnim.
Bezirk Weichensee.

Als Opfer des Weltkrieges fiel am 12. Juli unser Genosse

Wilhelm Schneider

Bezirk 1. Gruppe 4.
Bezirk Reinickendorf-Ost.
Anfang August fiel an der Westfront unser Genosse, früherer Bezirksführer

Friedrich Fischer

im Alter von 29 Jahren.
Ehre ihrem Andenken!

Nachruf.

6. Wahlkreis.

Am Sonntabend, den 11. August, verstarb unser Genosse, der Gastwirt

Fritz Deichsel

Schulzendorferstr. 25, 17. Abt., Bez. 743.
Wahlverein Neukölln.

Am 16. August starb unser Genosse, der Metall-dreher

Gustav Fühl

Bruno Bauerstr. 24, 13. Bezirk.
Die Einäscherung hat am 20. August stattgefunden.

Sozialdem. Wahlverein Nieder-Barnim.
Bezirk Weichensee.

Am 14. August verstarb unser langjähriges Mitglied, der Händler

Friedrich Panzer

Bezirk 8, Gruppe 20,
im Alter von 62 Jahren.

Bezirk Reinickendorf-Ost.

Am 16. August verstarb im Alter von 58 Jahren unser treues Mitglied, der Schlosser

Max Sieg

Pankower Allee 36.
Ehre ihrem Andenken!

Stockholm.

In der vergangenen Woche hat sich in bezug auf das Stattfinden der Konferenz nichts geändert. Der Termin für die große Konferenz des holländisch-skandinavischen Komitees und der Russen sowie der der Zimmerwalder sind bis jetzt aufrecht erhalten worden. Nach Äußerungen Gyzmans usw. soll die Konferenz stattfinden, selbst wenn die Sozialisten der Entente-Länder infolge der Passverweigerung nicht nach Stockholm kommen können.

In England hat die Passverweigerung vorläufig nur einen lauen Protest der Arbeiterpartei hervorgerufen. Die Regierung wendet alle Mittel an, den Beschluß wirkungslos zu machen. An Stelle Hendersons, der zwar nur ein lauer Freund der Stockholmer Konferenz ist, aber immerhin um ihretwillen seinen Ministerposten aufgegeben hat, sind eine Anzahl anderer Arbeiterparteilager in das Ministerium berufen worden, die als zuverlässige Sozialpatrioten die Kriegspolitik Lloyd Georges in allen ihren Konsequenzen mitmachen wollen. Unter der Hand werden dann die Gewerkschaften bearbeitet, daß sie dem Beschluß für Stockholm wieder rückgängig machen. Nur so ist die kaum glaubliche Reutermeldung zu verstehen, nach der der Bergarbeiterverband, der immer als stärkste Stütze der Friedensbewegung galt, umgefallen ist und mit 378 gegen 354 Stimmen gegen die Beteiligung an der Stockholmer Konferenz gestimmt hat. Der Eisenbahner-Verband hat sich dagegen für Stockholm entschieden. Hand in Hand mit der Bearbeitung der schwankenden und noch immer im sozialimperialistischen Sinne beeinflussbaren Gewerkschaften geht die Verfolgung der Unabhängigen Arbeiterpartei, der eine öffentliche Tätigkeit fast unmöglich gemacht wird.

In Frankreich zeigen die Regierungsozialisten die alte Tätigkeit in bezug auf die Passfrage. Es liegt ihnen mehr daran, daß ihr Vertrauensmann Thomas als Munitionminister in der Regierung bleibt, als daß sie nach Stockholm gehen. Thomas hat sich in einer längeren Rede in diesem Sinne ausgesprochen. Nur die französische Minderheit scheint in der Passfrage mobil machen zu wollen. Am 26. August werden die Minderheitsorganisationen zu einer Konferenz zusammentreten und die Taktik der Minderheit festlegen.

In Rußland steht jetzt die Regierung Kerenskis der Stockholmer Konferenz gleichgültig gegenüber. Sie ist allerdings nicht, wie Lloyd George behauptet hatte, gegen die Konferenz, sie betrachtet diese aber als eine reine Parteisache, während früher die provisorische Regierung in der Friedensfrage mit den Sowjets einer Meinung war. In einer amtlichen Auslassung hat zwar die russische Regierung erklärt, daß sie keine Passschwierigkeiten machen werde, neuerdings aber wird gemeldet, daß Axelrod und anderen die Pässe für Stockholm verweigert wurden. Die Sowjets halten dagegen nach wie vor an der Stockholmer Konferenz fest.

Die Internationale Sozialistische Kommission und die Stockholmer Konferenz.

In einer Betrachtung über die Bedeutung der Stockholmer Konferenz sagt der „Nachrichtendienst“ der Zimmerwalder J. S. K. u. a.:

„Was ist vom Inhalt des ersten Aufrufes des Arbeiterrates an die Sozialisten aller Länder eigentlich geblieben? Die Konzessionen, die die russischen Einberufer der Stockholmer Konferenz den Regierungsozialisten täglich machen, haben Sinn und Geist des ersten Aufrufes allmählich getötet. Das ist kein Zufall, sondern die unvermeidliche Rückwirkung der Ereignisse, die sich in Rußland abspielen und der Rolle, zu der der Arbeiterrat allmählich in der inneren und äußeren Politik Rußlands herabsinkt.“

Die Äußerungen, die Lloyd George in seinem Briefe an Henderson tat, deuten doch direkt darauf hin, daß die Wandlungen in der inneren Politik Rußlands auch den alliierten Regierungen Anlaß gegeben haben, ihre Stellung zur Stockholmer Konferenz zu ändern. Als der „Sowjet“ noch stark war und eine sozialistische und antiimperialistische Sprache im Namen des russischen Volkes führen konnte, mußten ihm die Entente-mächte Gehör schenken. Aber jetzt, wo die eiserne Faust Kerenskis die Geschicke Rußlands leitet, wo der Wille und die Stimme des Volkes mit steigender Brutalität unterdrückt wird, jetzt, wo die sozialistischen Parteien und die ehemalige Exekutive des revolutionären Volkes immer größeren Demütigungen ausgesetzt ist, jetzt glaubt man keine Rücksicht mehr auf die Einberufer der Stockholmer Konferenz nehmen zu brauchen.

Am bezeichnendsten ist der Umstand, daß die russische Regierung Lloyd George mitteilt, die vom „Sowjet“ einberufene Konferenz habe keinerlei bindenden Charakter für das offizielle Rußland. Hat Lloyd George durch die Veröffentlichung dieser zynischen Erklärung den gegenwärtigen Gewalthabern in Rußland nicht einen recht schlechten Dienst erwiesen? Was wird der „Sowjet“ und seine Vertreter im Auslande zu dieser Äußerung zu sagen haben? Wird er sich diesem seinem Todesurteil zugunsten der Politik Kerenskis-Plechanoff-Miljutoff ohne Widerstand fügen?

Was Lloyd George und die Vertreter der russischen Regierung hier offen erklärt haben, das verfechten allerdings in mehr oder weniger verschleierter Form alle Regierungsozialisten Frankreichs und Englands. Bedeutet nicht die Forderung, vor allem die Schuldfrage zu diskutieren, daß die Regierungsozialisten den eigenen Regierungen und den herrschenden Klassen gegenüber ihre Bereitwilligkeit an den Tag legen, vor allem die Ehre und Interessen ihres eigenen Landes vor den sozialistischen Vertretern der Internationale zu verteidigen zu wollen? Die Behauptung, daß am Krieg nur eine imperialistische Mächtekoalition die Schuld trage und daß die anderen Mächte unschuldige Opfer seien, bezweckt nicht nur eine Auseinandersetzung mit den Scheidemann-David, sondern auch eine „Abrechnung“ mit allen internationalistisch-revolutionären Vertretern des Sozialismus, welche den Krieg für eine Frage der kapitalistischen Entwicklung und welche alle Regierungen für gleich verantwortlich am Völkermord halten. In Stockholm wollen die Sozialdiplomaten auch mit ihren Minderheiten abrechnen. Die Art und Weise, wie sich die englischen und französischen Regierungsozialisten bei ihren Regierungen und herrschenden Klassen, ja selbst bei der kleinbürgerlichen öffentlichen Meinung um die Erlaubnis bewerben, nach Stockholm gehen zu dürfen, die Garantien, die sie für diese Erlaubnis anbieten, sind ein deutliches Zeichen dafür, von welchen Absichten sie beseelt sind. Vor allem wollen sie ihre patriotische Loyalität beteuern. Erklären doch englische Mitglieder der Internationale, sie wollten nur nach Stockholm gehen, um einen zu raschen Friedensschluß zu verhindern; und französische Sozialisten versichern ihre Teilnahme an der Stockholmer Konferenz von der Erfüllung konkreter Forderungen abhängig machen zu wollen.

Also was in Stockholm geschehen soll: Alles nur mit Erlaubnis und im Einvernehmen mit den einheimischen diplomatisch-imperialistischen Kreisen.

Trotz alledem werden ihnen die Pässe vielleicht doch noch verweigert, was beweist, wie die Regierungen ihre treuen Mitarbeiter behandeln dürfen, vor allem aber auch, was sie den Einberufern der Konferenz, dem russischen Bundesgenossen, zu bieten wagen.

Aus diesen Vorgängen sollten die Arbeiter, die noch an der „heiligen Einigkeit“ mit ihren Regierungen festhalten, lernen. Trotzdem die Arbeiter in England millionenfach den Wunsch äußerten, in Stockholm vertreten zu sein, trotzdem in Frankreich Parteiorganisationen und Gewerkschaften denselben Wunsch äußerten, bleibt die Frage der Beteiligungsmöglichkeit nach wie vor dem willkürlichen Belieben ihrer Regierungen vorbehalten....“

Konferenz der Regierungsozialisten in Wien.

Am 29. August findet nach einer Meldung des „Vorwärts“ in Wien eine Konferenz von Vertretern der sozialdemokratischen Parteien der Mittelmächte statt, die sich mit der internationalen Lage beschäftigen wird.

Profitable Geschäfte.

Im umgekehrten Verhältnis zu der wachsenden Not der Völker steht die Profitiererte des Kapitals; sie wird ständig größer! In Amerika, in England, in Frankreich, in Italien, in Japan, ja selbst im revolutionären durchwühlten Rußland, überall häßt das Kapital reiche Ernte. Das deutsche Kapital steht dabei nicht in der letzten Reihe. Das bezeugen nun wieder die Ergebnisse jener Gesellschaften, deren Geschäftsjahr mit dem 1. Juli abschließt.

Zu den vom Kriegskonjunkturglück am meisten Begünstigten gehören die Automobil- und Motorenwerke. Kürzlich konnte schon berichtet werden, daß die Daimler-Motorenwerke in den letzten drei Jahren auf ihr 8 Millionen Mark betragendes Aktienkapital mehr als 16 Millionen Mark Gewinn herausgebracht haben. Ein noch günstigeres Ergebnis erzielte die Benz & Co. Rheinische Automobil- und Motorenfabrik A.-G. Die Gesellschaft arbeitet mit 22 Millionen Mark Aktienkapital und 10 Millionen Mark Obligationen. Nach Abzug der Zinsen hierfür und nach sonstigen Rückstellungen, über die keine Angaben gemacht werden,

verblieb aus dem letztjährigen Ertragnis noch ein Reingewinn in Höhe von 16,2 Millionen Mark. Man hat demnach in einem Jahre — unbeschadet der nicht ausgewiesenen Rückstellungen — 73 Prozent des Aktienkapitals als Reingewinn herausgewirtschaftet! Ein großer Teil des Ueberschusses wird zu weiterer Stärkung der Reserven für die Zukunft verwendet. Die Aktionäre bekommen diesmal 30 Proz. als Dividende. Vor Festlegung des Reingewinnes waren auch schon 3,5 Millionen Mark zu Abschreibungen in Abzug gebracht worden. Die glänzende Lage des Unternehmens erhellt noch aus den folgenden Angaben über den Vermögensstand: Die Gläubiger beanspruchten 19,7 Millionen Mark. Dem stehen allein an Effekten, Waren, Materialien und Wechsel insgesamt 44 Millionen Mark gegenüber; dazu kommen 9 Millionen Mark Reserven, jedoch sich das Guthaben auf 53 Millionen Mark bezieht. Grundstücke und Gebäude stehen mit etwas über 5 Millionen Mark zu Buche, der wirkliche Verkaufswert ist natürlich größer; die ganze Einrichtung des Unternehmens, Maschinen, Mobilien, Modelle, verschiedene Anlagen für Heizung, Beleuchtung, sowie Wasserversorgung, ferner eine Gleisanlage usw. sind zusammen bis auf 30 M. (!) abgeschrieben. Unterstellt man für alle Anlagen, Grundstücke und Gebäude einen Wert von nur 10 Millionen Mark, dann könnten aus den vorhandenen Vermögenswerten nach Befriedigung aller Gläubigeransprüche den Papierbesitzern aus dem nach Zahlung der Dividende verbleibenden Rest das Aktienkapital noch ungefähr 2 1/2 mal zurückgezahlt werden.

Vom Schicksal sehr begünstigt sind auch die Inhaber der Papiere der Gußstahlfabrik Bochumer Verein A.-G. Das Aktienkapital des Unternehmens beträgt 36 Millionen Mark. Nach Abzug der Gewinnsteuerreserve — deren Höhe nicht angegeben wird — verbleibt für das Geschäftsjahr 1916/17 ein Ueberschuß von rund 23 Millionen Mark. Davon werden 5,3 Millionen Mark zu Abschreibungen und weitere 2 Millionen Mark für die Zwecke der Betriebsüberleitung in die Friedenswirtschaft verwendet. Aus den dann noch verbleibenden 15 1/2 Millionen Mark Reingewinn erhalten die Aktionäre 25 Proz. Dividende. In den letzten 5 Jahren vor dem Kriege betrug die Dividende 12 und 14 Proz. Hier tritt das Kriegsglück der Aktionäre recht sinnfällig in die Erscheinung! Während der drei Kriegsjahre hat das Unternehmen die Hälfte des Aktienkapitals abgeschrieben und trotzdem noch 2 Millionen Mark mehr an Reingewinn produziert, als das Aktienkapital ausmacht. Es ist wirklich eine Freude, Inhaber von Papieren der Kriegsindustrie zu sein.

Das gilt auch für das Tabakgewerbe, dem in den letzten Jahren ebenfalls die Ueberschüsse in gewaltigen Strömen zufließen. Einige Angaben als Beleg dafür: Die Cigar.-F. Constantin Hannover verteilte in den letzten drei Jahren 25 und zweimal 30 Proz. Dividende; die Georgi & Harr. A.-G., Stuttgart 12, 14 und 15, die Compagnie Laferme 10, 15 und 20, die Cigarettenf. „Patria“ Posen 18, 20 und 30, Reimers Tabakindustrie Raitzbor 12, 18 und 18, und die Eisäische Tabakmanufaktur 9, 12 und 25 Proz. Die erhebliche Steigerung der Ausschüttungen ist auch hier von einer starken inneren Wertsteigerung der Unternehmen begleitet. So hat die Constantin-Gesellschaft, bei 3 Millionen Mark Aktienkapital, in den letzten drei Jahren fast 2 Millionen Mark für Abschreibungen verwendet und 2,3 Millionen Mark in Reserven gestellt, dazu außerdem die Warenbestände von rund 5 Millionen Mark auf 7,2 Millionen Mark erhöht. Der Wert des Warenbestandes bei der Jasmah A.-G. steigerte sich von 14 Millionen Mark auf 23,7 Millionen Mark. Für das letzte Jahr verteilte diese Gesellschaft auf B.-Aktien 5, auf Stammaktien 15 Prozent Dividende.

Daß auch kleine Unternehmen in den verschiedenen Gewerben gut verdienen, dafür noch einige Stichproben aus den Geschäftsberichten: Die Aktionäre der Motorenfabrik Oberkufel erhalten für das letzte Jahr 25 Proz. Dividende und 10 Proz. Sondervergütung. Die Zuckerraffinerie Breschen bringt 20 Prozent Dividende heraus; die Ausschüttung beansprucht aber nicht den dritten Teil des erzielten Reingewinnes. Große Summen werden als Vergütungen verteilt, ferner an die Aktionäre in Form von Nachzahlungen für gelieferte Rüben. — Die Mühle Mäningen gibt ihren Papierinhabern 24 Proz. als Dividende — außerdem gratis für 1/2 Million Mark Aktien. Mit nur 13 000 Mk. Aktienkapital arbeitet die Schievelbeiner Petroleum A.-G., sie erzielte damit im letzten Jahre 21 700 Mk. Ueberschuß. Die Aktionäre bekommen 30 Prozent Dividende. Die Anlagen sind frei. In der Kasse liegen 10 500 Mk.; an Wertpapieren sind 14 800 Mk. vorhanden.

Launisch heftet sich das Glück, durch der Kriegswirtschaft halten an die Fersen der Gewinnmacher. Ein neuer Vorgang beweist das. Im Anlauf des Krieges verschlechterte sich der Markt für Schreibmaschinen. Mancher kleine Geschäftsmann versuchte vergeblich, die überflüssig gewordene Maschine zu verkaufen; die Konjunktur war zu schlecht! Bald änderten sich die Verhältnisse. Die Militärverwaltung trat als Großkäufer auf. Schnell erfaßte die Industrie und der Handel die Situation. In noch sehr niedrigen Preisen gingen die verfügbaren Bestände in den Besitz der spekulativen Händler über und dann schnellten die Preise ruckweise in die Höhe: bis auf das Doppelte und mehr des Friedenspreises! Jetzt sind selbst zu verdreifachten Preisen kaum noch alte Maschinen zu kaufen. Die Händler und Fabrikanten haben ein

Bombengeschäft gemacht! Und das Geschäft soll Hochkonjunktur behalten. Geplant wird nämlich — natürlich auf Verreiben der Interessenten — die Gründung einer Schreibmaschinen-Bewertungsgesellschaft, ähnlich wie die bereits für Automobile eingerichtete. Der offen ausgesprochene Zweck dieser Gesellschaften will einen Preissturz verhindern, wenn nach Kriegsende die Militärverwaltung ihre Ueberbestände wieder abstößt. In der Wirkung läuft die Maßnahme darauf hinaus, daß die Verbraucher dauernd ungebührlich hohe Preise bezahlen müssen, weil Händler und Fabrikanten, die Kriegskonjunktur ausnützend, die Preise gewaltig in die Höhe getrieben haben. So kann es denn nachher kommen, daß Leute, die vor zwei oder drei Jahren ihre Maschinen für einen niedrigen Preis an den Handel abgaben, weil sie infolge der Einberufung zum Weerdienst oder wegen schlechten Geschäftsganges ihre Betriebe schließen mußten, später die alten Maschinen zu einem mehrfachen Preise von den Händlern zurücknehmen können, die damals schon ein feines Geschäft gemacht haben und nun nochmals verdienen.

Nicht zu Gunsten der Verbraucher, sondern stets zum Vorteil der Gewinnmacher wenden sich alle staatlichen Eingriffe in das Gesetz von Angebot und Nachfrage. Das erklärt sich aus dem Wesen der kapitalistischen Gesellschaftsordnung, das im Kriege sogar erheblich verschärft sich durchsetzen kann: trotz aller Phrasologie über Kriegsidealismus und sozialistische Kriegswirtschaft, mit der Kriegssozialisten ihre den Sozialismus verleugnende Politik rechtfertigen wollen und mit der sie die nicht denkenden Massen in ihrer Gefolgschaft zu halten versuchen.

Die Parteibewegung in Groß-Berlin

hat unter erheblichen Schwierigkeiten auf dem Gebiete des Versammlungswesens zu kämpfen. Trotzdem geht es vorwärts. Die Arbeiter sehen alle selbst, welche Förderung die Ernstgruppe von den Behörden erfährt im Gegensatz zu den Unabhängigen Sozialdemokraten. In letzter Zeit sind in verschiedenen Kreisen Arbeiter, die der Scheidemanngruppe angehörten, in unsere Wahlvereine übergetreten, die nur irrtümlich zu den Scheidemannern gekommen waren. In solchen Fällen wird Uebertritts- oder Eintrittsgeld nicht erhoben. Wir liegen ja nicht mit den Arbeitern in Streit, sondern mit denjenigen, die die Scheidemannpolitik als im Interesse der Arbeiter liegend anpreisen. Dem treten wir entschieden entgegen. Das geschieht besonders in den Werkstätten und es zeigt sich, daß immer größere Kreise der Arbeiter die Sachlage klar erkennen. Stark passiv verhalten sich die Reklamierten, die vielfach eine abwartende Haltung einnehmen. Es liegt aber gar kein Grund vor, beiseite zu stehen. In einer Zeit wie heute wird jeder Mann gebraucht, nicht nur im Interesse der Organisation, sondern vielmehr im allgemeinen Interesse. Die Zeit ist zu ernst, als daß die Dabeimgebliebenen hinterm Ofen sitzen können. Jeder muß seinen Mann stellen und auch die Frauen müssen mehr mitarbeiten. Zwar haben die Frauen heute nichts zu lachen. Sie sollen einkaufen und umherlaufen oder stehen, sollen in der Wirtschaft tätig sein, die Kinder besorgen und schließlich auch noch gewerblich sich abmühen. Da ist eine Frau abends abgemattet und froh, wenn sie sich ausruhen kann. Trotzdem muß die Frau mehr für unsere Bewegung interessiert werden. Es wäre überhaupt zu verzweifeln, wenn nicht der Sozialismus die Menschen erheben und sie für ein großes Ziel begeistern würde. Einmal muß dieser Krieg zu Ende gehen, er wird das um so eher, wenn die Arbeiter auch ihren Teil zur Verkürzung des Krieges beitragen.

In Groß-Berlin ist die Klärung mit den Regierungssozialisten längst erfolgt. In Teltow-Deeslow haben sie zwei Sekretäre sitzen, welche ihre Truppe von angeblich 4000 Mitgliedern betreiben. Geld hat hier keine Rolle gespielt. Zwei Angestellte bestimmten über sich selber und über das Vermögen der Organisation. Einen Teil des Geldes brachten sie in Sicherheit, das andere verwendeten sie zu Schwähschriften und überschütteten damit den Kreis. Die Wanderprediger reisten sie von Ort zu Ort, unterstützt von früher untätigen Gewerkschaftsangehörigen. In den übrigen Kreisen ist die Beute der Regierungssozialisten mager. Ein Verbandsbüro ist eingerichtet in der Lindenstraße, von wo aus die laufende Arbeit besorgt wird. Der Parteivorstand bezahlt den angestellten Sekretär und sorgt auch sonst durch teilweise Freigabe eines von ihm Beschäftigten, daß die Organisationsmaschinerie läuft. Aber viel ist nicht zu hoffen; es bröckelt immer mehr. Trotzdem lassen sich unsere Parteifreunde in ihrer Arbeit nicht irre machen. Obwohl sehr viele tüchtige Genossen und vor allem Funktionäre eingezogen sind, sind andere eingesprungen und wenn die Parteiarbeit, durch die Zeitverhältnisse bedingt, lückenhaft ist, so wird sie doch in der Hauptsache geleistet. Es muß sogar gesagt werden, daß eine ansehnliche Anzahl von Funktionären, auch Frauen, doppelte und dreifache Arbeit leistet.

Was die Form der Berliner Parteioorganisation betrifft, so hat sich die bisherige überlebt. Diese Ansicht

ist allgemein und nur der Krieg hindert die Schaffung einer neuen Organisationsform. Jetzt ändern und nach dem Kriege wieder ändern, läßt uns aus den Organisationsfragen und Debatten nicht herauskommen, wo es doch die sozialistische Propaganda gilt. Deshalb haben unsere Genossen sich damit begnügt, die in Gotha aufgestellten organisatorischen Grundlinien einstweilen für sich gelten zu lassen, das alte Berliner Statut beiseite zu schieben und nach den in Gotha aufgestellten Grundlinien zu verfahren. Schließlich sind wir keine Buchstabenmenschen und keine Bürokraten, das gesunde demokratische Empfinden, gepaart mit der Ueberzeugung, im gegebenen Augenblicke das Beste für die Sache zu wahlen, wird schließlich immer zur Verständigung führen.

Die Erkenntnis, daß die Organisation auch finanziell gestärkt werden muß, um die gegenwärtigen und noch mehr die künftigen Aufgaben zu erfüllen, ist unter unseren Mitgliedern vorhanden. Obwohl die Teuerung wirklich nicht gerade die Zeit ist, um über Aufbringung von Mitteln für Organisations- und Parteizwecke zu beraten, so hat sich in den letzten Wochen gezeigt, daß unsere Parteifreunde auch materiell ihre Sache unterstützen. Um der neuen Zentralleitung Mittel zuzuführen, damit auch sie die ihr obliegenden Aufgaben erfüllen kann, machte sich eine Beitragserhöhung notwendig. Noch niemals vorher hat sich so geringer Widerspruch gegen eine Beitragserhöhung erhoben wie diesmal. Und die widersprachen, taten es nicht für sich, sondern für andere, von denen sie glaubten, es könnte ihnen eine Beitragserhöhung zu schwer sein. Tatsache ist aber, daß die Regierungssozialisten von vornherein 50 Pf. pro Monat erhoben.

Im September-Abend soll zum ersten Male 50 Pf. Monatsbeitrag für männliche und 30 Pf. für weibliche Mitglieder kassiert werden. Letztere erhalten dafür die zweimal monatlich erscheinende Frauenzeitung geliefert. Die Genossen des 4. Kreises haben bereits im August 50 Pf. entrichtet.

Der Entschluß unserer Genossen in Groß-Berlin liefert den Beweis, daß sie fest entschlossen sind, Opfer zu bringen, wenn es die Sache erheischt. Und dieses Zeichen ist uns Bürgschaft für den gesunden Sinn unserer Parteifreunde, die treu und fest zur Sache der unabhängigen sozialdemokratischen Partei Deutschlands stehen.

Noch weniger Erleuchtung.

Das Volk soll nicht erleuchtet werden oder wenigstens nicht mehr soviel, so bestimmt es die höhere Vorsehung. Seit Monaten brennen nur notdürftig die Straßenlaternen, die Innenbeleuchtung der Geschäfte ist auf das geringste Maß beschränkt. Sorgsam wird darüber gewacht, daß wir nicht zu spät nach Hause kommen, weshalb die Straßenbahnen ihren Betrieb einschränken. Alles wegen Kohlenersparnis. Zwar ist Kohle im Deutschen Reich ausreichend vorhanden, aber in unserem privatkapitalistischen Zeitalter entscheidet über die Schätze der Erde nicht die Allgemeinheit, sondern das mächtige Kohlendyndikat.

Es war schon bezeichnend, daß im letzten Winter der Heizstoff knapp war. Und in den Sommermonaten war es nicht besser. Man hat nun zur Rationalisierung des Brennstoffes gegriffen. Es werden Kohlenarten herausgegeben, wobei sich, wie immer, zeigt, daß die ärmere Bevölkerung am schlimmsten in Mitleidenschaft gezogen wird, da für die Bemessung des Heizstoffes die Zimmerzahl zugrunde gelegt wird. Diejenigen Familien, welche über die größte Zimmerzahl verfügen, erhalten die meisten Kohlen im Gegensatz zu den Familien mit mehreren Kindern, aber mit wenigen Zimmern. Man hat die erregte Offenheit mit dem Hinweis zu beruhigen versucht, daß die bisherige Verordnung nur als eine einstweilige zu betrachten sei, daß vielmehr im Winter noch weitere Kohlenmengen geliefert werden würden, — wenn solche herankommen.

Noch hat sich die Bevölkerung von dieser Sommerüberraschung für den Winter nicht erholt, ist schon eine neue Verordnung erfolgt, die ebenfalls eine Einschränkung der Koch- und Beleuchtungsmöglichkeit zum Ziele hat. Diesmal ist das Gas an der Reihe und zwar ebenfalls, um Kohlen zu sparen. Zur Gasbereitung ist Kohle erforderlich. Um Kohle zu sparen, soll man am Gas sparen. Vor zwei Jahren sagte man der Bevölkerung, sie solle sich Gas zulegen, um Petroleum zu sparen. Dieser Rat ist vielfach befolgt worden und heute geht es an das Gas.

Der Reichskommissar für Elektrizität und Gas hat durch Vertrauensmänner eine Verordnung erlassen, die erhebliche Gaseinschränkungen zum Ziele hat. Die wesentlichsten sind die, die sich auf die Haushaltungen beziehen. Als Grundsätze für die Einschränkung sind folgende aufgestellt. Die Einschränkung soll betragen:

365 Jahres-Kubikm. durch einen Mängasmeser	
550 " " " " " 5 Flammen-Gasm.	
800 " " " " " 10 " " "	
1600 " " " " " 20 " " "	
2400 " " " " " 30 " " "	
3200 " " " " " 40 " " "	
oder	
4800 " " " " " 60 " " "	

Für Groß-Berlin trafen die Herren Vertrauensmänner Sonderbestimmungen. Danach würde der Verbrauch für den Verbrauchsmonat August-September, d. h. vom Tage der laufenden Standaufnahme

im August bis zum Tage der laufenden Standaufnahme im September wie folgt festgelegt:

durch 5 flammige Mängasmeser	24 Kubikmeter
" " " " " " " " "	36 " "
" 10 " " " " " " "	52 " "
" 20 " " " " " " "	103 " "
" 30 " " " " " " "	155 " "
" 40 " " " " " " "	207 " "
" 60 " " " " " " "	310 " "

Jeder Mehrverbrauch über dieses Quantum hinaus muß mit 50 Pf. pro Kubikmeter bezahlt werden.

Kaum hatte diese Verordnung das Licht der Welt erblickt, so erhob sich überall ein Sturm der Entrüstung dagegen. Einmal ganz allgemein und kamen die verschiedensten Interessengruppen mit ihren besonderen Klagen.

Auch in diesem Falle werden die Ärmsten am schwersten betroffen. Wer einen Mängasmeser sein eigen nennt, darf in der oben angegebenen Zeit in Groß-Berlin nicht mehr als 24 Kubikmeter Gas verbrauchen. Das ist pro Tag nicht einmal ein Kubikmeter. Und auch diejenigen, die einen 5 flammigen Gasmeser im Hause haben, sind mit ihren 36 Kubikmeter pro Monat schlecht daran. Dieses Quantum reicht nicht zum Kochen, von Beleuchtung gar nicht zu reden. Besser sind die daran, die einen zehn- und mehrflammigen Gasmeser zur Verfügung haben. Aber die Tatsache ist nicht aus der Welt zu schaffen, daß den kleinen Leuten, die schon weniger Feuerungsmaterial zugemessen erhalten, auch zugleich die größte Wasserparnis zugemutet wird.

In Groß-Berlin ergab sich, daß die sogenannten Vertrauensmänner, nämlich Direktoren städtischer Gaswerke, die Verordnung mit ihren Namen deckten, obwohl sie selber die Unhaltbarkeit zahlreicher Bestimmungen erkannt hatten und ihre Gemeinden in Unkenntnis der Sachlage gelassen hatten.

Die Gemeinden wehren sich mit aller Entschiedenheit gegen die einengenden Bestimmungen und verlangen Milderungen der vielen Härten. Da nun die Bevölkerung in starkem Maße von der Gaseinschränkung betroffen wird, ist es so ziemlich die gesamte Presse, die Sturm gegen die neue Verordnung läßt. Das „Berliner Tageblatt“ schreibt in seiner Nummer vom 17. August: „Hier handelt es sich nicht mehr um kleinere oder größere Opfer, die jeder einzelne gern im Interesse des segreichen Durchhaltens in der Kriegszeit bringt, sondern um die Gefährdung der wichtigsten Lebensinteressen. Industrielle, Gewerbetreibende aller Art befürchten den vollständigen Ruin. Viele von ihnen sind überzeugt, daß sie ihre Betriebe schließen müssen. Die Haushaltungsvorstände sehen keine Möglichkeit, den Haushalt aufrechtzuerhalten, und schon werden ernstlich Stimmen laut, die die Befürchtung aussprechen, daß die Beschränkung, wenn sie — was wir aber kaum für möglich halten — in dem mitgeteilten Sinne durchgeführt werden sollte, die private Versorgung unmöglich machen und die gesamte Bevölkerung der Massenpeinung zuführen werde.“

Die Befürchtung, die gesamte Bevölkerung könnte sich der Massenpeinung zuwenden, würde uns nicht schrecken. Im Gegenteil würden wir es für richtig halten, wenn die gesamte Bevölkerung an der Massenpeinung teilnehmen müßte, damit die Bevorzugungen in der Ernährungsfrage in Fortfall kämen. Der Massenpeinung würde nur genügt. Aber diese Befürchtung wird sich nicht erfüllen. Immerhin werden die Wirkungen der neuen Gasverordnung sehr tiefgehend sein. Zu wünschen ist nur, daß alle Kreise daran in gleichem Maße betroffen würden. Bemerkenswert ist, daß in Breslau die Mängasmeser von einer Einschränkung ausgenommen und überhaupt ein Verbrauch von 180 Kubikmeter nicht betroffen wird.

Die Heizungs- und Beleuchtungskalamität hat die allgemeine Aufmerksamkeit der heutigen Art der Kohlenproduktion zugewendet. Die Kohlenzwechen sind im Kohlendyndikat vereinigt. Die Syndikate regeln den Absatz, legen die Verteilung fest und auch die Preise. Preußen als Bergwerksbesitzer ist mitbestimmend. Es ist unbestritten, daß die Gewinne der Kohlenzwechen immer größer geworden sind, ohne daß die Arbeiterlöhne den Zeitverhältnissen entsprechend gestiegen sind. Die gesamte Bevölkerung ist der Preispolitik des Syndikats willenlos ausgeliefert. Und die Verwendung der Kohle bestimmt gleichfalls das Kohlendyndikat. Viele Kohlenzwechen haben umfangreiche Kokereibetriebe eingerichtet. In diesen Betrieben wird sehr viel Kohle verwendet zur Herstellung von Teer, Ammoniak und anderer Produkte. Gas wird als Nebenprodukt erzeugt. Der Betrieb ist sehr lohnend, aber die Kohle wird der Gasproduktion entzogen. Hier müßte im Interesse der Allgemeinheit eingegriffen werden.

Man wird es nicht tun. Die Herren im Kohlendyndikat sind sehr mächtig. Sie sind die Herren, die in Wahrheit regieren, und so wird alles beim alten bleiben. Die Bevölkerung wird sich alle Einschränkungen gefallen lassen müssen und die Kohlenbarone werden weiter immer steigende Dividenden aus den Gruben herausholen. Zur höheren Ehre des Vaterlandes. Sie werden sich bei jeder Gelegenheit als die wahren Patrioten bezeichnen und erklären, daß im Interesse des Vaterlandes das Volk die Erleuchtung hinnehmen muß, die man ihm gerade noch gewähren will.

Zum Kohlensteuer-Nachlaß.

Als zweite Großstadt in Deutschland hat sich nun auch M a n n h e i m dafür entschieden, der Bevölkerung den Vorteil des zehnprozentigen Nachlasses der Kohlensteuer sicher zu stellen. Die Ortskohlenstelle hat auf Grund der Kohlenliste das Bedürfnis für Hausbrandkohle ermittelt und dabei auch dasjenige der Inhaber für Kleinwohnungen. Als Kleinwohnungen zählen in Mannheim von jeher die Wohnungen bis zu vier Zimmern und Küche. Solche Wohnungen gibt es 41 250. Diesen stehen nur 5250 größere Wohnungen gegen-

über. Da eine gesetzliche Möglichkeit nicht besteht, die in Begriff für die Kleinwohnungen zu korrigieren, so hat sich in diesem Falle die Steuerbehörde damit abgefunden. Unter der Voraussetzung, daß der Stadt für Hausbrandzwecke 110 000 Tonnen Kohlen bzw. Koks zugewiesen werden, erhalten die Inhaber von Wohnungen mit ein und zwei Zimmern nebst Küche 36 Zentner Kohlen und jene mit drei und vier Zimmerwohnungen 48 Zentner. Die diesem Teile der Bevölkerung aus dieser Regelung entstehende Geldersparnis würde sich auf 200 000 Mk. belaufen.

Insofern die Zuweisung von Kohlen geringer ist, vermindert sich die Zuweisung an die Kleinwohnungs-inhaber gleichmäßig und in entsprechendem Verhältnis zur Gesamtanlieferung. Für August und September findet eine Vorbeförderung statt; 20 000 Tonnen Kohlen sollen zu diesem Zwecke kommen. In diesem Falle erhalten alle Inhaber von Kleinwohnungen sowohl wie jene von Großwohnungen 7 bis 8 Zentner zugeteilt, nachdem für Zentralheizungen und für das Gewerbe auch nur ein beschränktes Quantum sichergestellt worden ist.

In der Praxis wird also vom Kohlenindikat ein genau errechnetes Quantum Kohlen für Hausbrandzwecke zu dem um den zehnprozentigen Steuernachlaß ermäßigten Preis angefordert; die übrigen Kohlen für Großwohnungen, Zentralheizungen und für das Gewerbe zum vollen Preis. Der Nachweis für den tatsächlichen Verbrauch der im Preise ermäßigten Kohle ist mittels der abgelieferten Kohlenscheine der Verbraucher, die durch die Kundendienstkontrolliert sind, leicht und ohne allzu große Arbeit zu erbringen. Diese Art der Regelung fand die Zustimmung der Steuerbehörde.

Was hier möglich ist, sollte auch in anderen Gemeinden möglich sein.

Aus der Bewegung.

Aus Reinickendorf-Ost wird uns geschrieben: Die auch an unserem Orte erfolgte Gründung eines „Mehrheitsvereins“ hat, rein ziffernmäßig betrachtet, dem auf dem Boden der Unabhängigen Partei stehenden alten Wahlverein keinen nennenswerten Abbruch getan. Im Gegenteil scheint es ganz offensichtlich, daß die erfolgte Klärung ein gesteigertes Interesse an den regelmäßigen Zusammenkünften, wie überhaupt allen Veranstaltungen der Organisation ausgelöst hat. Das zeigte sich insbesondere sowohl bei den letzten beiden Zahlabenden, als auch bei dem Frauenabend, die sich eines Besuches erfreuen konnten, der an die besten Zeiten unserer Organisation erinnerte. Im Juli-Zahlabend waren besonders die Genossinnen stark vertreten, um den Bericht zu hören, den eine Genossin von dem Besuch der 400 Reinickendorfer Frauen beim Landrat und Kriegsernährungsamt gab. Es war ein trübes Bild, das sie von den drückenden Ernährungsverhältnissen zeichnete. Andererseits wirkte aber erfreulich, zu hören, daß das energische Vorgehen der Frauen nicht ohne Eindruck auf die angegangenen Behörden gewesen und wenigstens für den Augenblick zu einer vorübergehenden besseren Belieferung unseres Ortes geführt hat. In wirksamer Weise wurden diese Ausführungen durch den anwesenden Gemeindeverordneten ergänzt, der es nicht unterließ, die Anwesenden darauf hinzuweisen, bei aller notwendigen Schärfe der Kritik der örtlichen Behörden gegenüber, doch nicht zu vergessen sei, daß die Hauptschuld an der trostlosen Versorgung in den ewigen Halbheiten der verantwortlichen Reichs- und Landesorgane zu suchen sei. In der sehr lebhaft einsetzenden Diskussion machten die anwesenden Frauen ihrem Herzen Luft in einer so sachlichen Weise, der nichts von beschränktem Unternehmungsverstand anhaftete. Das gleiche lebhafteste Interesse fand auch der Frauenabend, bei welchem die gepflogene Aussprache zweifelsohne auf manche und noch fernstehende aufklärend und aufrüttelnd gewirkt hat. Eine ganze Anzahl Aufnahmen nach Schluß zeigte, daß hier ein guter Boden einer dankbaren Arbeit harret. — Der August-Zahlabend hörte mit großer Aufmerksamkeit dem Berichte zu, den die Delegierten der Unabhängigen aus Stockholm heimgebracht. Auch hier zeigte die von Schwere Sachlichkeit getragene Aussprache, daß wir uns auf dem rechten Wege befinden und um die Zukunft nicht bangen brauchen.

Charlottenburg. Durch den Kassen- und Materialraub der Groger und Genossen ist unser Ort stark geschädigt worden. Durch die letzten Vorgänge in der Politik wird aber das öffentliche Interesse mehr und mehr geweckt. Immer größere Kreise erkennen, daß die Konzeptionspolitik in eine Sackgasse gekommen sind, aus der sie sich nicht mehr herausfinden, als höchstens durch Schimperei auf alle diejenigen, die ihnen dabei im Wege stehen. Daß unsere Genossen regeres Interesse dem entschiedenen Sozialismus entgegenbringen, bewies der Besuch unserer letzten beiden Versammlungen. Im Juli sprach Genosse Dämmig über die politische Lage unter besonderer Berücksichtigung der russischen Revolution und fand allseitige Zustimmung. Am 7. August mußte das Thema: „Will das Volk Frieden?“ von der Tagesordnung abgesehen werden. Unter Vereinsangelegenheiten wurde die Neuorientierung gehörig beleuchtet.

Der Wahlverein Tempelhof nahm in seiner Versammlung am 24. Juli den Geschäftsbericht entgegen. Trotz aller Einschränkung der Agitation am Orte und trotz der Spaltung in ein Mitgliedergeviert zu verzeichnen. Der Kassierer konnte feststellen, daß die rührigsten Genossen bei uns gebühten seien. Es ist auch zu hoffen, daß die noch Unschlüssigen ihren Weg zu uns finden werden. Bei der Neuwahl des Vorstandes wurden die bisherigen Funktionäre einstimmig wiedergewählt. Ein Redner wies auf die politische Situation hin. Die schwersten Kämpfe ständen uns vielleicht noch bevor. Ein Teil unserer ehemaligen

Genossen habe sich zum Helfershelfer einer bürgerlichen Regierung gebrauchen lassen. Arm in Arm mit den politischen Gegnern hätten sie sich bereit gefunden, die Kredite zu bewilligen. Und noch mehr hätten sie getan, was das Gegenteil von Vertretung der Arbeiterinteressen sei. Dabei sei nicht das geringste von Demokratisierung zu merken. Einige andere Genossen ergänzten die Ausführungen des Redners in zustimmendem Sinne. Die Versammlung war gut besucht.

Judenwalde. Im Eldorado der Parteifunktionäre der Provinz Brandenburg, Bels und Schmidt, regt sich die Opposition immer mehr. Mit den großen Worten, mit denen vor allem Bels oppositionelle Elemente in Grund und Boden zu donnern gewohnt ist, ist es nicht mehr getan. Die Genossen erkennen die Hohlheit der Belschen Redensarten und die Richtigkeit einer grundsätzlichen Politik. Am Sonntag, den 12. August, fanden sich die auf dem Boden der Opposition stehenden Genossen, um nach einem Referat des Genossen Rosemann-Berlin und nach einer gründlichen Aussprache eine auf dem Boden der Unabhängigen sozialdemokratischen Partei stehende Ortsgruppe zu gründen. Zum Vorsitzenden wurde Genosse Pahlmann, Kurze Straße 8, und zum Kassierer Genosse Schick, Neue Friedrichstraße 2, gewählt. Beide Genossen nehmen neue Mitglieder auf.

In einer Volksversammlung in Judenwalde konnte am Freitag Otto Bels vom Parteivorstand der Regierungssozialisten über die Friedensfrage sprechen.

Güter mit den Konservativen. Unter dieser Epithete brachte unlängst der „Vorwärts“ einen Bericht über eine Volksversammlung in Danzig, die von den Danziger Regierungssozialisten einberufen war. Von der ersten bis zur letzten Zeile wimmelt die Darstellung von Entstellungen größter Art. Der Sachverhalt war folgender: Die Versammlung, in der der frühere Scheinradikale Bartel aus Königsberg über die deutsche Neuorientierung sprechen wollte, war von etwa 400 Personen besucht. Davon mochten 200 Mitglieder der Unabhängigen Sozialdemokratie und 50-60 Anhänger der Regierungssozialisten sein. Der Rest bestand aus Indifferenten. Bartel ging auf sein eigentliches Thema nur mit einigen Phrasen ein. Seine Rede war fast nichts als eine maßlos gehässige Schimpferei auf die Unabhängige Sozialdemokratie. Dies rief den Unwillen der Besucher hervor, die mit zahlreichen Zwischenrufen antworteten. Die von den Regierungssozialisten eingebrachte Resolution wurde ohne Diskussion gegen etwa 50 Stimmen abgelehnt. Die Tatsache der Ablehnung ist in der Versammlung durch den Leiter, Herrn Sellin, selber verkündet worden. Hinterher lägen die Regierungssozialisten das Ding ins Gegenteil um und behaupten in der bürgerlichen Presse und in ihren Zeitungen, die Resolution sei angenommen. Die Methode ist in Danzig oft geübt worden — verließ man sich sogar bei einer Versammlung in Ohm so weit, daß die Extrablätter mit den Brüdern am Tage vorher gedruckt wurden, wobei leider das kleine Mißgeschick passierte, daß von 3000 Versammlungsbesuchern noch nicht ein Dutzend für die Resolution der Umlerner stimmten — ein Kostenaufwerfkniff, der für die fernere Entwicklung der Dinge belanglos ist. Mit Empase betonten dann die Regierungssozialisten, daß trotz der Zwischenrufe unserer Parteigenossen niemand von ihnen das Wort zu der Diskussion verlangt habe. Der Grund ist sehr einfach: die redengewandten unserer Danziger Anhänger befinden sich in den Schützengräben oder sind auf eine andere Weise zu hülfe Leuten geworden. Daß aber die weniger redewegigen unserer Freunde Bedenken tragen, einem Mann entgegenzutreten, der sich öffentlich damit brüstete, daß ihm der Danziger Polizeipräsident seine Anerkennung ausgesprochen habe, ist begreiflich. Das Schicksal der Genossen Schröder und Vog, Krillwitz, Borchert und anderer mahnt zur Vorsicht. Darum wird das Wort: „Jetzt werden wir der Widerheit den Strick drehen“ in Danzig noch lange nicht vergessen werden, Herr Bartel. Und auch der Zwischenruf, daß mit den Konservativen eher eine Einigung möglich sei, als mit den Abhängigen, erklärt sich auf diese Weise.

Die Ortsgruppe Magdeburg der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei Deutschlands hielt am 5. August eine Mitgliederversammlung ab, welche von über 300 Genossen besucht war. Der Vorsitzende teilte mit, daß die Magdeburger Ortsgruppe jetzt das sechste Hundert an Mitgliedern überschritten habe. Damit ist die Behauptung der Regierungssozialisten, daß die Unabhängigen mit 150 Mitgliedern den Höhepunkt überschritten haben, grundsätzlich widerlegt. Auch in den umliegenden Wahlkreisen in Jerichow, Kalbe-Nehseleben und Wanzleben sind Organisationen gegründet worden. Weiter teilte der Vorsitzende mit, daß der überwachende Polizeikommissar ihm die Mitteilung gemacht habe, daß der aus Braunschweig anwesende Genosse Sepp Dertter in der Versammlung nicht sprechen dürfe. Es müsse gegen diese Maßnahme der allerentschiedenste Protest erhoben werden. Er erklärte unter dem Beifall der Versammlung, daß er von dieser politischen Mitteilung weiter keine Notiz nehme.

Es wurde zunächst der Genosse Karl Liebknecht einstimmig zum Delegierten nach Stockholm gewählt. Sodann wurde gegen die Maßnahme der Behörde gegenüber dem Genossen Dertter eine Protestresolution beschlossen.

Als nun dem Genossen Dertter das Wort erteilt wurde, löste der überwachende Kommissar die Versammlung auf, worauf ein Sturm der Entrüstung den Saal durchbrauste.

Fortschritte der Unabhängigen Sozialdemokratie in Weiskalen. Jetzt haben auch die Genossen des Wahlkreises Altena-Niedeloh eine Wahlkreisorganisation der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei ge-

schaffen. Ihr gehören, von ganz wenigen Ausnahmen abgesehen, alle alten und verdienten Genossen an. Die eigenartigen Verhältnisse haben es mit sich gebracht, daß dieser Kreis erst jetzt den entscheidenden Schritt getan hat. Die Parteimitglieder, einschließlich der Kreisleitung, waren und sind strikte Gegner der „Mehrheits“politik. Allein aus Rücksicht auf den Einheitsgedanken hat die Kreisleitung sich bisher dem Anschluß an die Unabhängige Sozialdemokratische Partei widersetzt. Alle möglichen Gründe, Hoffnungen und Erwartungen mußten dazu herhalten, den Genossen diese Taktik schmachhaft zu machen. Jetzt aber ist den Parteimitgliedern der Geduldsfaden gerissen. Mit der Gründung der Wahlkreisorganisation haben sie den Schritt vollzogen, den zu unternehmen die langjährige und geachtete Kreisleitung nicht den Mut hatte, zu tun. Damit kann auch dieser Wahlkreis (den der Abgeordnete Spiegel vertritt) so gut wie geschlossen für die Unabh. Sozialdem. Partei Deutschlands reklamiert werden. Die bisherige Kreisorganisation besteht zwar noch — sie hat aber keinen Rückhalt mehr in den Genossen und Arbeiterkreisen; in absehbarer Zeit wird diese Organisation nur noch aus der Kreisleitung bestehen; die Genossen und Genossinnen aber gehören der Wahlkreisorganisation der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei an. Mit diesem Anschluß ist der letzte große Kreis des Bezirks Niederrhein offen zu der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei übergetreten.

Offenburg (Baden). Der sozialdemokratische Verein hielt nach seinem Uebertritt zur Unabhängigen Sozialdemokratie die erste Mitgliederversammlung ab. Der Vorsitzende teilte mit, daß nur 5 Abmeldungen bisheriger Mitglieder eingelaufen seien; es verbleiben also 40 Genossen von 50 nach dem Beschluß als aktive Mitgliedschaft der U. S. D. Die zum Parteieingetragenen sind nicht mitgerechnet. Dem Sozialdemokratischen Verein Offenburg gliedern sich zugleich die vereinigten Mitgliedschaften des 7. badischen Reichstagswahlkreises an. — Es wurde beschlossen, demnächst eine öffentliche Versammlung anzuberaumen. — Der bisherige Vorstand ist vollzählig bei der Sache der U. S.

Der 7. badische Wahlkreis (Offenburg-Reh-Oberkirch) hält seine Konferenz am Sonntag, den 2. September, nachmittags 3 Uhr, in Offenburg ab. Die einzelnen Orte werden hiermit aufgefordert, ihre Vertretungen zu entsenden. Der am Hauptorte Offenburg vollzogene Anschluß an die Unabhängige Sozialdemokratie Deutschlands soll zum Beschluß des Kreises erhoben werden.

Sie rächen sich, die Mannheimer Regierungssozialisten, anlässlich der Scheidemannversammlung. In ihrer Vereinsversammlung haben sie ihre Büt über die Unabhängigen ausgelassen und eine Erklärung angenommen, wonach sie dem Genossen Remke, den sie als eifriges Mitglied der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei besonders ins Herz geschlossen haben, das Stadtordnungsmandat aberkennen. Furchtbar!

Königsberg i. Pr. Wie überaus bescheiden die Regierungssozialisten geworden sind, lehrt folgender Fall: Die städtischen Kriegsküchen sind für etwa 18 000 Personen eingerichtet. Jedoch nur einige hundert speisen in diesen Küchen. Ein Beweis, wie wenig sie den Ansprüchen der Massen entgegenkommen. Das Essen ist teuer und sättigt nicht. Da beantragte am 6. Juni die sozialdemokratische Stadtordnungsfraktion folgende Preise für das Essen in den Kriegsküchen festzusetzen: für die ersten zwei Portionen in Familien 30 Pf. für das Liter, für jede weitere Portion 15 Pf. für das Liter. Der Antrag wurde einstimmig angenommen. Jetzt am 27. August, also nach fast drei Monaten, hat der Magistrat den Preis für Familien mit fünf und mehr Personen von 40 auf 25 Pf. für ganze und von 20 auf 15 Pf. für halbe Portionen herabgesetzt. Der sozialdemokratische Antrag, der doch wirklich nicht viel forderte, ist nicht verwirklicht worden. Nur die fünf- und mehrköpfigen Familien kommen in den „Genuss“ der billigen Preise. Alle anderen müssen noch wie vor die alten Preise bezahlen. Das heißt, sie werden es wie früher vorziehen, diese Küchen nicht in Anspruch zu nehmen. Und auch den stärkeren Familien wird es nicht ganz leicht gemacht, das billige Essen zu beziehen. Denn die Vergünstigung tritt nur für diejenigen ein, deren Einkommens- und Vermögensverhältnisse das rechtfertigen. Es müssen erst Anträge an das Lebensmittellamt unter Vorlegung einer politischen Bescheinigung über Zahl und Alter sämtlicher Familienangehöriger gerichtet werden. Dieser bürokratische Weg wird nicht von vielen beschritten werden, und die Kriegsküchen werden wie bisher im Verborgenen blühen und ihren Zweck nicht erfüllen. Die „Volkszeitung“ nennt diese Maßnahme des Magistrats einen — wertvollen Erfolg sozialdemokratischer Gemeinbearbeitung! Früher war ein so hohes Maß von Bescheidenheit nur in katholischen Jungfrauenvereinen zu finden. Diese werden aber jetzt von den Regierungssozialisten übertrumpft. Auch ein Erfolg des Umlernens!

Königsberg i. Pr. Tut nichts, der Jude wird verbrannt. Dieser Ausdruck des einseitigen und bornierten Patriarchen, den Lessing in seinen „Rathen“ so köstlich gezeichnet hat, gilt der „Königsberger Volkszeitung“ als Nichtsnur im Kampfe gegen die Unabhängige Sozialdemokratie. Täglich stellt sie es so dar, als ob in der Hauptfrage unsere Partei daran Schuld sei, daß wir immer noch Krieg haben. Es gibt nach der „Volkszeitung“ keinen Menschen auf dem ganzen Erdball, der schuldbeladener und verworfener ist als — Haase. Es fehlt nur noch der „Nachweis“, daß er überhaupt den ganzen Krieg angefangen hat. Wahrscheinlich wird der nächste „geführt“ werden, denn nach den letzten „Leistungen“ der Volkszeitung muß man auch damit rechnen. Neulich ging die unrichtige Meldung von der Erkrankung Viktor Adlers durch die Presse. Sterbe der Mann, rief die „Volks-

zeitung" aus, so seien daran schuld die — Unabhängigen! Unseren Delegierten in Stockholm wurde nachgesagt, sie hätten sich erfreut über die russische Offensive ausgesprochen. Die Blätter der Regierungssozialisten brachten natürlich auch diesen dummen Schwindel, und als die Nichtigstellung erschien, bekam die „Königsberger Volkszeitung“ fertig, zu erklären, die Unabhängigen hätten doch die Offensive mitverschuldet!! Genosse Haase sollte einem russischen Journalisten in Kopenhagen gesagt haben, Parvus hätte russischen Volkswidert Geld gegeben. Als nicht sofort das Dementi kam, schrieb die „Volkszeitung“, Haase hätte sich des Verbrechens glatt für schuldig erklärt. Genosse Haase hieb darauf mit einer ganz unzweideutigen Erklärung diese Lüge in Fehle, die „Volkszeitung“ aber schrieb, die von Haase in Abrede gestellte Aeußerung liege doch durchaus auf der Linie der unabhängigen Politik!!! Also immer wieder und wieder: „Zur nichts, der Jude wird verbrannt.“ Das Schönste ist, daß der Redakteur, der sich und die „Volkszeitung“ so überaus lachlich macht, kürzlich den Führern der Unabhängigen Sozialdemokratie, insbesondere dem Genossen Haase den Rat gab, von der Politik die Finger zu lassen. Die Hanswurstiaden der „Volkszeitung“ fallen schon so auf, daß sich die bürgerliche Presse über den Redakteur, Herrn Bartel, lustig macht. Dieser hatte in Danzig in einer Versammlung geredet und in seinem Blatt sei einer Person das größte Lob gespendet. So schrieb er, gegenüber dem Organ und der Schlagfertigkeit Bartels wäre alle Muhe der Opposition vergebens gewesen. Er hätte auch die lautesten Rademacher in den Ban seiner Rede gezwungen. Bartel verlangte, in Zukunft solle die Opposition zu den Versammlungen nicht mehr zugelassen werden, denn jeder hätte nicht die Zowenstimme und die gesunde Zunge — wie Herr Bartel!! Selbst die „Partungische Zeitung“ unterbreitete ihren Lesern die Verherrlichung Bartels durch — Bartel, was der Redakteur der „Volkszeitung“, der sonst so gern seine „wichtige Persönlichkeit“ in den Vordergrund stellt, seinen paar Abonnenten freilich nicht mitteilt. Und damit dieser unfehlwillige Spasmacher sein Wesen in der „Volkszeitung“ treiben kann, verpulvert der Parteivorstand Monat für Monat das schwere Geld, das die Proletarier musam aufgebracht haben.

Aus den Gewerkschaften.

Die Mindestlöhne in der Textilindustrie. Wie schwer den Arbeitern in der Textilindustrie das Leben gemacht wird, zeigt ein Situationsbericht, der anscheinend vom Vorstand des Verbandes im „Vorwärts“ veroffentlicht wird und dem wir folgendes entnehmen:

„Die Textilarbeiter befinden sich gegenwärtig in einem lebhaften Kampf um Festlegung von Mindestlöhnen. Sie sind in diesem Kampf nur auf sich selbst und auf die eigene Kraft angewiesen. Die Macht und der Einfluß der gutorganisierten und schwerreichen Textil-Groindustriellen auf die militärischen Stellen bewirkte, daß Schlichtungsausschusse und Kriegsamter keinerlei Verstandnis für diese Arbeiterforderung zeigten. So erklärt z. B. der Vorsitzende der Schlichtungsstelle Dirschberg i. Schl.: „Die Frage des Mindestlohnes ist eine Zukunftsfrage, Kriegsamter und Schlichtungsstellen haben sich nur mit Gegenwartsfragen zu beschäftigen.“

Nur im Königreich Bayern hat das Kriegsministerium, getreu dem bisherigen, nicht einseitig dem Unternehmerinteresse dienenden Verhalten, die Berechtigung der Arbeiterforderungen anerkannt durch Festlegung von Mindestlöhnen für die gesamte Papiergarnherstellung und Verarbeitung. Desgleichen hat in Sachsen infolge der üblen Erfahrungen, die die Regierung mit ihren fortgesetzten Mahnungen an die Unternehmer, anständige Löhne zu zahlen, machen mußte, der Bedanke der Mindestlöhne infolge verschiedener Maßnahmen des Staatsministeriums sich mehr und mehr durchgesetzt; einige Schiedsstellen haben denn auch zugunsten der Arbeiter entschieden.

Die Textilarbeiter kamen zu der Forderung des Mindestlohnes auf Grund der bitteren Erfahrungen einer dreijährigen Kriegszeit. Die Konjunktur in der Textilindustrie war glänzend. Auch der einseitige Rohstoffmangel und die Beschränkung der Produktion beeinträchtigte die Rentabilität der Betriebe nicht wesentlich. Was an der Produktionsmenge ausfiel, ersetzte die Militärbehörde, indem sie hohe Preise für das geringere Quantum zahlte. So wurden alle drei Kriegsjahre zu Jahren flotter Rente der Textilunternehmer.

Die Arbeiter gingen bei alledem leer aus; ihre Löhne blieben kümmerlich. Während der Ruhungsarbeiten teilweise an der Konjunktur durch wesentliche Erhöhung der Löhne partizipierte, verschlechterte sich für den Textilarbeiter zusehends sein Lebensniveau. Besondere Umstände erleichterten den Unternehmern die Niederhaltung des Lohneinkommens. Das Rohmaterial verschlechterte sich kandig; jede neue Sendung ist mehr mit Surrogaten durchsetzt und wird geringer. Die Menge der vom einzelnen Arbeiter erzeugten Ware reduziert sich demzufolge ununterbrochen. Prozentuale Lohnsteigerungen bringen dem Arbeiter infolgedessen nur auf ganz kurze Zeit Nutzen. Die Erfahrungen mit der Verarbeitung von Papiergarn sind gering und die Technik der Papiergarnherstellung und -Verarbeitung läßt noch viel zu wünschen übrig. So haben vielfach Steigerungen der Akkordlohne um 30 und mehr Prozent nach vorübergehender Besserung nicht vermocht, das Lohneinkommen zu steigern. Die Löhne spotten jeder Vorschreibung. In einer Zeit unerhörter Tenierung hat die sächsische Regierung festgesetzt, daß die gezahlten Akkordlohne Stundenlöhne von 4, 6, 8, 10 Pf. ergeben. In der Baumwollweberei in Farnau in Baden werden seit

Jahren, und auch jetzt im Kriege, Stundenlöhne von 8, 10, 12, 20 und 25 Pf. gezahlt. Diese Löhne aufzubessern, lehnte die Firma noch im Jahre 1917 ab. In sechsstagiger Arbeit wurden bei der Belfirma Fränkel bei der Herstellung von Sandnackstoffen, Futterstoffen, Feinwand usw. Wochenverdienste von 5,46 Mk., 7,25 Mk., 5,18 Mk., 6 Mk. und 8,90 Mk. erzielt. Die Damastweber brachten es bei 44stundiger Arbeitszeit auf höchstens 11,38 Mk. ähnliche Löhne zahlen die Millonensurken der Feinindustrie in Landeshut, die berahmten Firmen Reihner u. Frahne, Rinkel usw. In der im Eulengebirge vertretenen, außerordentlich gut rentierenden Baumwollindustrie bringen es die Arbeiter nicht höher. Weltfirmen, wie die Firma Diering, zahlen noch immer für starke, kräftige Männer, die als Schwerstarbeiter in Betracht kommen, Stundenlöhne von 33 Pf., Stundenlöhne von 25 Pf. sind dort nicht selten.

Alle diese Tatsachen zwangen zur Forderung von Mindestlöhnen. Die Unternehmer widerstrebten sich und die Militärbehörde springt ihnen bei. General Gröner erklärte sich gegen Mindestlöhne und stärkt damit die Position der Unternehmer. Der Haltung ihres Chefs Gröner entsprechend, handeln die nachgeordneten Stellen im Reich. In Landeshut i. Schl. verlangten die Arbeiter den Mindestlohn. Die Arbeiter wuhnten, daß sie weder von der Schlichtungsstelle zu Posen, noch von irgend einer anderen Stelle irgendwelche Hilfe zu erwarten hatten, aber sie glaubten, noch eine gewisse Neutralität erwarten zu können. Darin wurden sie getäuscht. Nicht genug damit, daß das Oberkommando Breslau gegen organisierte Arbeiter, die angehtlich versucht haben sollten, durch Drohung ihre Mitarbeiter zur Organisation zu bringen, vorgehen wollte, suchte das Kriegsamt Posen und der Gewerberat zu Dirschberg die Arbeiter noch in anderer Weise zu bearbeiten, wie in einer Eingabe an das Kriegsamt vom Vorstand des Textilarbeiterverbandes dargelegt wird. Ohne weiteres behauptete der Offizier, die Landeshuter Löhne seien angemessen; die Forderungen der Arbeiter würden zur Schließung der Betriebe führen; die Männer würden entweder dem Heeresdienst und anderen kriegswirtschaftlichen Betrieben zugeführt, die weiblichen Beschäftigten würden einfach nach Westpreußen der Landwirtschaft überwiesen! Ob später, wenn die Unternehmer kein Interesse mehr an der Aufnahme des Betriebes wegen der Begehrtheit der Arbeiter hätten, der Staat die Betriebe in Betrieb nehmen würde, sei zweifelhaft; wegen Zugehörigkeit zur Organisation dürfe überhaupt kein Mitarbeiter angehalten oder angeprochen werden; von Organisation zu Organisation würde nicht verhandelt.

Dazu kommen noch andere unverständliche Maßnahmen. So verlangt das in Breslau stationierte Stellvertretende Generalkommando, daß selbst die Besprechungen der einzelnen Arbeiteranschlusse mit ihren Chefs in den Kontoren acht bis zehn Tage vorher, gleich wie politische Versammlungen anzumelden seien. Einigungsverhandlungen, die zwischen Unternehmern und Arbeitern stattfinden, unterliegen gleichfalls der Anmeldepflicht.

Es braucht nicht erst dargestellt zu werden, wie diese Tatsachen auf die Arbeiter wirken. In Landeshut reichten die Arbeiter die Kündigung ein. Die Sache wurde schließlich beigelegt, aber die Löhne sind noch immer nicht erhöht. Im schlesische Eulengebirge droht ein Miesenkampf auszubrechen. Die Unternehmer bekommen zwar schon seit längerer Zeit erhöhte Preise, um höhere Löhne zahlen zu können, gezahlt werden aber noch immer die alten Verträge.

Die Textilarbeiter werden ihren Schimpf um Mindestlöhne fortsetzen.

Der Vorstand des Textilarbeiterverbandes hat gegen General Groners Ansicht wegen Festlegung von Mindestlöhnen einen Protest beim Kriegsamt eingereicht. Er erwartet, daß die verantwortlichen Stellen bei Vergebung von Militarauftragen an Textilindustrie dafür sorgen, daß endlich die Hungerlöhne für Textilarbeiter beseitigt und angemessene Löhne gezahlt werden.“

Inzwischen ist General Gröner aus seinem Amte geschieden und es wird sich fragen, wie sein Nachfolger über die Lohnfrage der Textilarbeiter denkt.

Die Berliner Metallarbeiter nahmen in 13 Bezirksversammlungen Stellung zum Bericht über den Verbandstag in Bln. In allen Versammlungen, die teilweise sehr gut besucht waren, stellten sich die Kollegen fast einmütig auf den Boden der Opposition. Das Verhalten der vier Berliner Delegierten, die der Verbandsresolution zustimmten, wurde alleseitig scharf verurteilt und festgestellt, daß diese nicht im Sinne ihrer Mandatgeber gehandelt haben.

Das Hauptinteresse konzentrierte sich auf die Bezirksversammlung Moabit. Dieser Bezirk, an Mitgledern der stärkste, hatte den Kollegen Cano als Delegierten gewählt. Cano hatte in Bln. Ausführungen über den Streik am 16. April gemacht, die allgemeines Befremden erregten. Außerdem hat er für die Verbandsresolution gestimmt, trotzdem er erklärt hatte, daß er auf dem Boden der Resolution der Opposition stehe und dies auch jetzt noch der Fall sei. Er rechtfertigte diese eigenartige Haltung mit dem Hinweis auf den letzten Abtag der Berliner Resolution. Nach einer gründlichen Aussprache, zu der fünf Versammlungen notwendig waren, und nachdem auch der Bevollmächtigte Cohen wiederholt in der Diskussion das Wort nahmen, um Cano's Verhalten zu rechtfertigen, wurde folgende Resolution gegen 9 Stimmen angenommen:

„Die Bezirksversammlung des 14. Bezirks (Moabit) bedauert die Haltung des Verbandstages in den grundlegenden Fragen. Sie stellt sich ausdrücklich auf den Standpunkt, er in der Resolution der Minderheit zum Ausdruck kommt. Die Versammelten ver-

pflichten sich, im Sinne dieser Resolution zu wirken. Des weiteren bedauern die Versammelten die Haltung des Kollegen Cano und stellen fest, daß es das Gegenteil ist zu dem er verpflichtet war. Er hat damit das Vertrauen seiner Auftraggeber vermischt und kann nicht mehr als Vertreter des 14. Bezirks (Bezirksleiter) angesehen werden.“

Aus der Zeit.

Vom Durchhalten. Die Kammerflute des konservativen Abgeordneten Mertin, über die wir in voriger Nummer berichteten, hat einem Leser unseres Blattes eine Erinnerung an einen ähnlichen Vorgang wahgerufen, der sich im Anfang dieses Jahres ereignete.

Fuhr da im Anfang des Jahres 1917 ein Herr aus Berlin nach Bayern, nach der guten Stadt Regensburg, und kaufte auf irgendeine Weise Studer zehn schöne fette Gänse zusammen. Die Beute wurde sorgfältig verpackt, damit sie nicht den Daschern in die Hände fallen möchte, die da zu wachen haben, daß aus Bayern nichts dergleichen ausgeführt werde. Dann wurde das stattliche Gepäck zum Bahnhof geschafft, um dort aufgegeben zu werden. Dort aber erregte das nach Berlin bestimmte Passagiergut begreifliches Aufsehen. Die Vollmachten der Eisenbahn-Organen waren aber damals noch nicht so umfassend wie heute, und es bedurfte der bekannten „drohenden Haltung des Publikums“, um schließlich einen Schutzmann zum Einschreiten zu veranlassen. Hier im demokratischen Süden schritt aber das Auge des Gesetzes nicht, wie in gewissen anderen Gegenden, gegen besagtes Publikum ein, sondern wirklich gegen das eigentliche Karneval, gegen den Herrn aus Berlin. Er sollte sein Gepäck öffnen und den Inhalt prüfen lassen! Das Auge des Gesetzes kam aber an den Unrechten. Der Herr aus Berlin legitiimierte sich als — Reichstagsabgeordneter und setzte durch, daß man ihn, den ja das „Vertrauen des Volkes“ auf diesen Posten berufen hatte, ebenso vertrauensvoll ziehen ließ. Der Herr fuhr also mit seinen Schanen unbedenken aus Regensburg ab und der freundlich winkende preusische Grenze zu. Im Abteil erster Klasse schmugelte er im Vorgemische kunstiger Gänsebraten, Gansekleins, Schmalzstullen usw.

Unterdessen aber kochte die Regensburger Volkseele munter weiter, und es war nichts gutes, was sie für unseren Berliner Freund kochte. Man bestürmt den Stationsleiter solange, bis er dem Drängen nachgab und hinter dem verdächtigen M. d. R. hertelegraphierte. Und richtig, als der Zug auf der Station Weiden hielt, wurde der Gansefreund unjanft aus seinen kulinarischen Träumen aufgeschreckt — man holte ihn heraus, kein Feiern half, keine Verurufung auf die erhabene Stellung als M. d. R. — unbarmherzig schniffelten schwabe Rajen in dem Gepäck herum und fanden triumphierend die zehn Ganseleiber. Das Resultat war, daß unser Reichstagsabgeordneter zwei seiner Gänse mitnehmen durfte (soviel war nämlich damals noch erlaubt), während die übrigen der Beschlagnahme verfielen. Außerdem wurde dem Herrn ein gerichtliches Verfahren in Aussicht gestellt. Wer den temperamentvollen Abgeordneten kennt, weiß, in welcher Paune er den Rest der Fahrt nach Berlin zurücklegte!

Und wer war dieser Wadere? Natürlich einer unserer berahmtesten Durchhalter, einer unserer größten Patrioten, dem kein Wort zu stark ist, um diejenigen Leute zu charakterisieren, die an der schönen Einmütigkeit aller Parteien zum Durchhalten herumzungeln. Mit einem Worte: es war Herr Richard Fischer, M. d. R. und Geschäftsführer des „Vorwärts“, bewährter Rauschmeier sozialdemokratischer Redakteure, großer Patriot und eifriger Befurworter des Durchhaltens — der anderen.

Wie hat sich der Edle damals gefreut, als der Versuch milang, zum Ersatz für den verbotenen „Vorwärts“ (der sich so widerwärtig sozialdemokratisch benommen hatte!) die „Leipziger Volkszeitung“ nach Berlin zu schmuggeln, deren Transport als Passagiergut nicht geduldet wurde! Und ist nun selbst der Sünde bloß... Aber freilich, es ist entschieden nahrhafter und für das Durchhalten zuträglicher, Gänse zu schmuggeln, als oppositionelle Zeitungen.

Glücklich zu preisen sind jedoch August Bebel und alle, die rechtzeitig farbten, um solches Benehmen von Leuten, die das Sozialistengesetz mieterlebt haben, nicht mit ansehen zu müssen! Sie hätten ja vor Etel unkommen müssen.

Runion.

Teils schwarzberockt, teils im Jackett, stieg man durch Heiserichs Stadete;

und nur der Doktor Subel um hatt' seinen Leutnantsfabel um.

O seht doch bloß wie Majestät mit Scheidemann und Ebert geht,

und wie auch sonst die Antithesen im Tee und im Gespräch sich lösen.

Was allerdings erdortet ward, wird unsereinem nicht offenbart.

Bezüglich dessen, was geschiedt, sehn wir zunächst nichts Klares nicht.

Indes: man hat sich mal getroffen, und alles Weitere bleibt zu hoffen.

Ratatoste im Simplicissimus.

Verantw. Redakteur: C. Leib; Verleger H. Hoffmann; beide Berlin D. 27, Schilderstrae 5. Druck: Maurer & Dimmig, Berlin, Köpenicker Str. 36-38.